

2/96



öS 35,-

Zeitschrift für Politik und Kultur



Vormals EKG und ZAM

Mit der Verlängerung des Zivildienstgesetzes Ende 1995 wurde eine Regelung verlängert, die vielen Zivildienstwilligen das Recht auf Wehrdienstverweigerung nahm. Auch die Einigung der Koalitionsparteien über die – für dieses Jahr geplante – Zivildienstgesetzesnovelle schafft keine befriedigende Lösung.

BürgerInneninitiative / Petition

Freiheit für das Gewissen!

Für die Neufassung des Zivildienstgesetzes fordert der/die UnterzeichnerIn von den Parlamentsabgeordneten:

- Keine Einschränkung der Gewissensfreiheit.
Die Abgabe einer Zivildiensterklärung muß jederzeit möglich sein!
- Gleiche Dauer von Wehr- und Zivildienst (= acht Monate)!
- Der Aufschub aus Gründen der Berufsausbildung muß bleiben – jetzige Regelung beibehalten!
- Gleiche Entlohnung von Wehr- und Zivildienstern!

Unterschrift



Armlebs!!

1) Armeeabschaffungswein

Weiß

Chardonnay	0,75 l	90,-
Riesling Sylvaner	0,75 l	85,-

Rot

Pinot Noir	0,75 l	90,-
Blauer Portugieser	0,75 l	85,-

Qualitätssekt

hergestellt nach der klassischen Champagnermethode

Cuvée Stefanie (weiß)	0,75 l	190,-
Cuvée Rosé	0,75 l	190,-

New!

Glöger-Brand	0,5 l	190,-
---------------------	-------	-------

Destillat aus dem nach der Gärung abfiltrierten Heferückstand

Sommeraktion – Nur kurze Zeit:

Jetzt Armeeabschaffungswein für den langen Sommer einlagern

**5% Rabatt
für alle
ZOOM-BezieherInnen!**

Mengenrabatte ab 1 bzw. 5 Kisten.

Die Preise verstehen sich zuzüglich Versandkosten (SelbstabholerInnen bevorzugt!).

Armeeabschaffungswein gibt es bei:

Arbeitsgemeinschaft für

Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit

Schottengasse 3A/1/59, A-1010 Wien

Tel: 0 222/535 91 09, Fax: 0 222/532 74 16.

Der Reinerlös aus dem Verkauf kommt der antimilitaristischen Arbeit zugute.



ZOOM Devotionalienhandel

New!

T-Shirt „Asyl für Deserteure“

(grau meliert, Schrift orange)

- ☐ 1 Stück à 150,-
 - ☐ 2 Stück nur 250,-
- gewünschte Größe(n) (XL oder XXL):

- ☐ Kondome „Keine Soldaten für ‚UnserHeer‘“ (3 Stück) à 20,-

- ☐ Plakat „Wenn ich groß bin, werde ich Totalverweigerer“ à 25,-

- ☐ Broschüre „Einsatz in Bosnien“ à 35,-

Preise zzgl. Versandkosten.



vorne



hinten

Liebe Leserin, lieber Leser!

Fünfzig Jahre nach dem Rassenkrieg der Deutschen Wehrmacht in Rußland fahren 1.000 ÖsterreicherInnen nach Stalingrad, dem heutigen Wolgograd, um ein den Opfern gewidmetes Denkmal zu eröffnen. Die Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit plante in Zusammenarbeit mit der Österreichischen HochschülerInnenschaft für den 10. Juni eine Podiumsdiskussion zum „Mythos Stalingrad“. Diese wird nicht stattfinden, sie wäre allzu einseitig geraten: Alle angefragten ProponentInnen des „Mahnmals an der Wolga“, angefangen vom Initiator Walter Seledec über Ex-Verteidigungsminister Lichal bis hin zum Wiener Militärkommandanten Semlitsch weigerten sich, mit den DenkmalgegenerInnen zu debattieren. Auf den folgenden Seiten bringen wir ein Interview mit Friedrun Huemer, die zusammen mit anderen erfolglos versucht hat, dieses Denkmal zu verhindern. Weitere Themenschwerpunkte sind die Folgen der Wahlen in Italien und Spanien sowie der erste Teil einer Analyse über den Eiertanz um die bevorstehende Währungsunion – Mozarts Weg vom Verpackungsmaterial für Schokoladekugeln zum Euro. Die zwei Texte „Mobile Gedanken“ sind der Auftakt zu einer regelmäßigen Kolumne von Markus Binder. Die ZOOM-Bausteinaktion wäre eine feine Sache, wenn Sie davon gebrauch machten. Der Weg in der Medienlandschaft ist ein ebenso holpriger wie unsicherer. Das Verlegen von Pflastersteinen verhindert gröbere Verletzungen. Es wäre nett, wenn auch Sie mithelfen, die Spitalskosten der Redaktion zu verringern, indem Sie ZOOM-Pflastersteine verlegen. Mit einer finanziellen Unterstützung ab ÖS 700,- erhalten Sie als Symbol Ihrer Mithilfe eine Kerze in Form eines Pflastersteins. Rechtzeitig zu Sommerbeginn können wir außerdem den ersten fünf NeuabonnentInnen die aktuelle Extended-Versions-CD „Maxi“ anbieten.

Die ZOOM-Redaktion



REVISIONISMUS

- In der Wolga versenken** 4
Friedrun Huemer über das Stalingrad-Denkmal

ITALIEN

- Die Dialektik des Olivenbaums** 6
Von rechts nach links in Italien

SPANIEN

- Rückkehr der Rechten?** 9
Von links nach rechts in Spanien

MINEN

- Minenkonferenz tanzte** 10
Die UN-Konferenz über Antipersonenminen ist gescheitert

WÄHRUNGSUNION

- Mehr Beschäftigung und Wohlstand durch den Euro?** 12
Banken und Konzerne sind die Nutznießerinnen der Währungsunion

PORTRÄT

- Tisch, weiblich** 16
Porträt der Autorin Margret Kreidl

WAHRHEITEN

- Mobile Gedanken** 18
Markus Binder über Verkehrsprobleme

MAIL ART

- Der ideologische Charakter von Network** 19
Clemente Padin über lateinamerikanische Erfahrungen

ALLTAG

- Ich kann nicht schnell laufen!** 20
Über die Schwierigkeit, RitterIn ohne Furcht und Tadel zu sein

FESTIVAL

- Sura Za Afrika – Die Gesichter Afrikas** 24
Ein Festival mit österreichisch-afrikanischen Begegnungen

- Musik** 25

- Bücher** 26

INNERE SICHERHEIT

- Mogelpackung Schengen** 28
Die Schengener Verträge sind keiner Kontrolle unterworfen

- Kurzmeldungen** 29

- Impressum** 26

In der Wolga versenken

Friedrun Huemer über ein Kriegerdenkmal, mit dem die Täter ihren Opfern verzeihen.

Am 8. Juni wurde in Wolgograd, dem früheren Stalingrad, ein Denkmal für die Opfer der Schlacht von 1943 eingeweiht. Friedrun Huemer, Wiener Landtagsabgeordnete der Grünen und Vorstandsmitglied von SOS-Mitmensch, versuchte drei Jahre lang, das „Versöhnungsdenkmal“ (Junge Freiheit) zu verhindern.

ZOOM: *Wem wird mit diesem Denkmal gedacht?*

Huemer: Zuerst war das Denkmal nur für die Soldaten der 6. Armee der Deutschen Wehrmacht. Jetzt, nach der vierten oder ich weiß nicht wievielten Variante, sind auch die zivilen Opfer der Russen eingeschlossen, alle Opfer von Stalingrad. Das Denkmal läßt aber überhaupt keinen Gedanken in die Richtung zu, was da

„Für die hier gefallenen Soldaten aus Deutschland, Österreich und aus allen anderen Ländern erbitten wir den ewigen Frieden in russischer Erde.“

Inscription auf dem Denkmal

eigentlich passiert ist, was die Ursache war. Dahinter steht der Gedanke, im Tod sind alle gleich. Und die Täter bieten die Versöhnung an.

Den Opfern.

Ja, doch glatt.

Wie ist die Idee zu diesem Denkmal entstanden?

Der Anlaß war, daß 1992 von den Österreichern ein fünfzig Jahre altes

Schlachtfeld entdeckt wurde. Der Herr Seledec¹ hat eine Begehung gemacht, um einen Film über Stalingrad zu drehen, und gesehen, daß da ja noch die Reste vom Krieg herumliegen: Knochen, Stiefel, wahrscheinlich auch Orden – was halt nach fünfzig Jahren noch übrig ist. Das ist schon spannend, was einen Militaristen erschüttern kann. Das muß ihn sehr getroffen haben, daß Krieg auch so ausschauen kann.

Er hat dann begonnen, ProponentInnen zu sammeln, und wohl sehr schnell mit dem damaligen Wiener Bürgermeister geredet, der auch leicht zu erschüttern war. Es gab auch die Idee, aus dem Schlachtfeld einen Tourismusort zu machen, so wie Verdun.

Daraufhin sind Sie aktiv geworden?

Es gab einen Finanzbeschuß im Wiener Gemeinderat. Damals habe ich nicht sehr viel darüber gewußt. Ich habe die Nürnberger Prozeßberichte gelesen und bin sehr bald auf die Baby-Yar-Geschichte² gekommen. Da hat es einen Folgeprozeß gegeben, der gegen die Wehrmacht gerichtet war. Da gibt es ständig die wiederholte Äußerung, daß sich die SS für die hervorragende Zusammenarbeit mit der Wehrmacht bedankt. Da waren Leute dabei, die genau von der Judenvernichtung gewußt haben.

In der 6. Armee waren einerseits Leute, die keine Ahnung gehabt haben und die sich wohl kaum hätten wehren können, auf der anderen Seite aber auch solche, die an Kriegsverbrechen teilgenommen haben. Es gibt ja inzwischen sehr differenzierte Äußerungen, was möglich war – auch sich den Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung zu entziehen.

Daß das alles so genau belegt ist, weiß ich erst seit der Wehrmachtsausstellung im letzten Jahr. Aber es war schon damals genug Anlaß zu sagen, das war keine Verteidigung der Heimat, das war ein Angriffskrieg, und da gab es auch Leute, die an Verbrechen der Wehrmacht teilgenommen haben.

Mit welchen Geldern wurde das Denkmal errichtet?

Das Komitee hat Budgetmittel organisiert und ganz Österreich in Geiselnahme genommen: Alle Länder haben gezahlt, der Bund zweieinhalb Millionen. Es gab einen Ministerratsbeschuß, da müssen alle zugestimmt haben. Und es hat niemand was dabei gefunden. Es hat gereicht: Da ist eh der Bürgermeister Zilk dabei, paßt schon. Weiters gab es Finanzbeschlüsse in allen Landtagen.

Ich nehme an, es wird sich insgesamt so um die vier Millionen gehandelt haben, plus private Spenden. Im Burgenland sollen Präsenzdienste des Bundesheeres mit Listen von Haus zu Haus gegangen sein.

Wer sind die AktivistInnen in diesem Komitee?

Zilk ist ganz wesentlich – und Seledec. Die MinisterInnen Dohnal, Scholten und Schüssel sind nicht Mitglieder im Komitee, haben aber den Ministerratsbeschuß mitgetragen. Ansonsten ist das Komitee wirklich ein Who is who von Österreich. Es sind viele darunter, die ganz bestimmt keine Nazis sind, die sich einfach nichts dabei gedacht haben. Das ist für mich das Betroffenenmachende.

Sind auch bekannte rechte Personen, etwa von der Kameradschaft IV, dabei?

Die FPÖ ist geschlossen im Komitee, aber auch extreme Rechte, wie Willi Portschy³. Und neben ihnen die SPÖ. Der Wiener Militärkommandant Semlitsch zum Beispiel. Er hat immer versucht, für ein anständiges Bundesheer aufzutreten und mußte daher ein extremes Interesse daran haben, die Dinge auseinanderzuhalten. Trotzdem ist er drinnen.

Ist im Zuge der Diskussion irgendjemand aus dem Komitee wieder ausgetreten?

Aufgefallen ist mir, daß die Liberalen sich nun distanzieren. Die Heide Schmidt ist im Komitee, Frischenschlager ist im Komitee. Bei einer Diskussion im Parlament haben sie aber eindeutig kundgetan, sie stehen jetzt auf der anderen Seite. Immerhin.⁴ Von den Sozialdemokraten ist nichts gekommen. Ob jemand ausgetreten ist, weiß ich nicht.

Gab es kritische russische Stimmen?

Es gab eine Menge Widerstand. Die Aufstellung des Denkmals mußte zum Beispiel wegen lokaler Wahlen in Wolgograd verschoben werden. Das war einfach untragbar für den Wahlkampf. Aber es gibt einen Vertrag zwischen Wien und Wolgograd, in dem Wolgograd im Falle der Nichteinhaltung zu einer Abstandszahlung verpflichtet worden wäre. Auf das haben die sich nicht einlassen wollen.

Was die Russen nun damit wollen oder nicht, ist die eine Seite. Die andere Seite ist: Wie wollen wir uns im Ausland präsentieren? Es ist vollkommen klar: Wo der Krieg vielleicht nicht so verbrecherisch war, wie an der Westfront, würde niemand auf so eine Denkmalsidee kommen. Nur dort. Ein Denkmal ist ja bereits in Rußland errichtet worden, in Murmansk.

Das hat auch der Herr Seledec initiiert?

Ja, das war im August '94. Das wurde viel geschickter und offensichtlich nur privat organisiert. Das schöne war, daß danach Peter Gnam in der „Kronen Zeitung“ geschrieben hat, wie schlecht sie von den Russen behandelt worden sind.

Welche Reaktionen gab es in Österreich?

Es gab Widerstand in einzelnen Kreisen. Wirklich was dagegen tun kann man nicht mehr.

Das Denkmal steht ja schon.

Na ja, man kann es immer noch in der Wolga versenken. Da würde mir schon noch was einfallen.

Was bedeutet das für die Vergangenheitsbewältigung in Österreich, für das gesellschaftliche Klima?



Das Gespräch führten Gerold Ecker und Markus Kemmerling.

Deutsche Soldaten als Zuschauer und Fotografen bei einer Erhängung, vermutlich Winter 1941/42

1 Oberstleutnant der Reserve, ORF-Journalist und PR-Berater der „Freiheitlichen“.

2 In Baby Yar bei Kiew wurden von der SS zwischen 1941 und '43 hunderttausend ZivilistInnen, großteils Juden und Jüdinnen, ermordet.

3 Portschy ist Präsident der burgenländischen Landsmannschaft und Ehrenmitglied der Kameradschaft IV, dem rechtsextremistischen Veteranenverband ehemaliger Waffen-SSler.

4 Auf Nachfrage teilte der liberale Parlamentsklub mit, daß seit '93 niemand vom Komitee mehr an sie herangetreten sei, Schmidt und Frischenschlager daher auch keinen Grund sehen, ihre Unterstützung offiziell zurückzuziehen. Solange das Denkmal auch dem Gedenken der zivilen Opfer diene, sei es, so Schmidt, richtig – auch wenn sie fürchte, daß es sich zu einer Wallfahrtsstätte entwickeln könnte. Es fahre aber sicher keine Liberale zur Einweihung nach Wolgograd. Im übrigen, so die Auskunft aus dem Parlamentsklub, nähmen die Liberalen an der Diskussion über das Denkmal nicht teil.

Wenn Sie die Möglichkeit hätten, zur Thematik Vernichtungskrieg in Rußland ein Denkmal zu machen, wie würde das ausschauen?

Ich glaube, ich würde kein Denkmal machen. Ich würde den Versuch unternehmen, Nachgeborene einzuladen, Menschen, die das in Wolgograd noch bewegt und berührt. Wunderbar wäre ein gemeinsames Forschungsprojekt: Einmal so offen wie möglich diese gemeinsame und Gegeneinander-Geschichte aufzuarbeiten. Das ist gescheiter, als noch ein rostendes Trümmerhinzustellen. Kriegerdenkmäler haben wir schon genug.

„Was das Juden-Regime in Rußland angerichtet hat, sehen wir mit jedem Tag, und auch der letzte Zweifler dürfte hier angesichts der Tatsachen kuriert werden. Es muß und wird uns gelingen, die Welt von dieser Pest zu befreien, dafür garantiert der deutsche Soldat der Ostfront, und wir wollen nicht eher zurück, als hier die Wurzel allen Übels ausgerissen und die Zentrale der jüdisch-bolschewistischen >Weltbeglücker< vernichtet ist. Mögen unsere Wünsche recht bald in Erfüllung gehen, denn nur dann kann uns ein frohes Wiedersehen vereinigen, wenn wir uns vom jüdischen Einfluß von innen und außen befreit wissen.“

Aus einem Brief des Unteroffiziers F. K. vom 14.8.1942; in: Walter Manoschek (Hg.): Das Judenbild in deutschen Soldatenbriefen 1939–1944. Hamburger Edition 1995.

Die Dialektik des Olivenbaums

In der neuen italienischen Regierung wohnen zwei Seelen: die der Linken und die der Banker.

VON RICCARDO DELLO SBARBA* / BOZEN-BOLZANO

Mai 1996. Das erste Mal in ihrer Geschichte zieht die Linke in die Regierung Italiens ein. Sie zieht mit einer Koalition ein, die verschiedene Kräfte umfaßt, vom linken Flügel der ehemaligen Democrazia Cristiana (DC) bis zu den ehemaligen KommunistInnen des Partito Democratico della Sinistra (PDS), über verschiedene andere Parteien bis hin zu den Grünen. Sie zieht mit der Unterstützung – zwar von außen, aber entscheidend – der Rifondazione Comunista ein, die momentan die äußerste Linke in der italienischen politischen Landschaft darstellt. Sie zieht in die Regierung, indem sie das sehr wichtige Ministerium für öffentliche Arbeit dem ehemaligen Staatsanwalt Antonio di Pietro anvertraut. Er ist der Erfinder der „mani pulite“, jener gerichtlichen Nachforschungen, die einen großen Teil der alten regierenden Klasse ins Gefängnis brachten und die alten Parteien der Macht zerstörten: die DC und den Partito Socialista Italiano (PSI).

Eine absolut neue und sehr komplizierte Regierung, die des Mittel-links- „Ulivo“, geführt vom ehemaligen großen Staatsmanager Romano Prodi (Ex-DC). Kaum zu glauben: Umweltminister ist ein Grüner, Edo Ronchi, der zwanzig Jahre einer der Führenden der außerparlamentarischen Linken war, in der revolutionären Gruppe der Avanguardia Operaia. Einer der sich – durch falsche Anschuldigungen verbunden mit seiner politischen Aktivität – in diesen Jahren auch einige Monate Gefängnis aufhalste. Jetzt ist er in einer Regierung, die Cesare Romiti, Verwaltungsbeauftragter des Kollo-

ses FIAT, als „exzellente Personen“ bezeichnete.

Eine Regierung, die von einer gigantischen Wiederbelebung der Börse, von der Euphorie der internationalen Märkte, vom Segen Clintons, Kohls und Chiracs begrüßt wurde. Eine Regierung, die die Lira wieder (zum Kurs 1000 in bezug auf die Deutsche Mark) steigen ließ, nachdem die italienische Währung drei Jahre lang (bis zum Kurs 1300 Lire/Mark) immer gefallen ist.

Eine Regierung, in der die heikelsten Ministerien – für die Bereiche Schulwesen, Universität, Soziales, Arbeit, Industrie, Kultur und Gleichheit zwischen Mann und Frau – in den Händen des ehemaligen Partito Comunista (PCI) sind. An den „großen Alten“ des ehemaligen PCI, jetzt Leader des PDS, Giorgio Napolitano, ging das Innenministerium: Polizei, Präfekte, Geheimdienste, öffentliche Ordnung – alles in seinen Händen. Wäre das vor zwanzig Jahren passiert, hätte Amerika einen Staatsstreich finanziert und die Carabinieri wären bewaffnet aus den Kasernen gekommen wie im Chile Allendes. Heute nicht: Die RepräsentantInnen der Polizeigewerkschaften haben den neuen Minister mit Zuneigung und Zufriedenheit begrüßt.

Gleichzeitig brachten die Wahlen des 21. April das Ende der politischen Karriere Silvio Berlusconi, dem König des Privatfernsehens. Wenige Tage nach den Wahlen wurden zehn der größten Manager des Finanz-Imperiums festgenommen, des Betrugs, der Steuerhinterziehung, Bestechung und diverser Schwindeleien angeklagt. Ihr Chef Berlusconi ist nur deswegen frei, weil er Parlamentarier ist, doch ist er in zahlreiche Untersuchungen verwickelt und wird fast täglich von Richtern halb Italiens verhört. „Es ist politische Rache“, erklärt der Erfinder der (gescheiterten) Telekratie. Die Wahrheit ist, daß Berlusconi, Glücksspieler wie er ist, sich der Politik verschrieben hat, um den ökonomisch und gerichtlich be-

dingten Niedergang seines Imperiums zu vermeiden (der sich schon vor Jahren durch Schulden und waghalsige finanzielle Unternehmungen abzeichnete). Jetzt, da er nicht mehr in der Regierung ist, kann er diesen Niedergang nicht mehr verhindern.

Alles gut also? Ich leugne nicht, daß es bewegend ist zu sehen, wie eine solche Regierung von der großen Industrie und den Gewerkschaften, von der internationalen Finanz und von einer Zeitung wie „Il Manifesto“, deren Untertitel „kommunistische Tageszeitung“ lautet, unterstützt wird. Aber ...

Aber die letzten Jahre sind nicht spurlos vorbeigegangen. Es bleibt – vor allem – eine Rechte, die ein bißchen weniger als die Hälfte des Landes repräsentiert, eine Rechte, die sich nach ihrer Niederlage wieder auf dem Weg der schnellen Restrukturierung befindet. Berlusconi, für den die Sonne untergeht, wird alles unternehmen, um weiteren Schäden seines Imperiums vorzubeugen. Dann wird er sich von der vordersten politischen Front zurückziehen. Das hat sein Gutes: Es zeigt, wie die Gesellschaft in einem europäischen Land wie Italien sich gut vor der Gefahr einer Fernsehdiktatur bewahrt hat, daß der Einfluß eines Medienimperiums auf die öffentliche Meinung nur in einem Moment funktioniert – einem Moment, in dem das Alte fällt und das Neue noch nicht geboren ist –, aber daß auf längere Sicht die Menschen urteilen können, daß Tatsachen stärker sind als Bilder, daß die materiellen Interessen verschiedener sozialer Klassen stärker sind als Fernsehspots.

Gut so. Aber die Ära Berlusconi hinterläßt uns ziemlich vergiftete Früchte.

Erstens

Das erste Mal hat sich in Italien eine aggressive Rechte formiert, die 40 % der WählerInnen zählt. Gianfranco Finis Macht wächst immer mehr. Fini

ist der Mann, der aus der ehemaligen neofaschistischen Partei MSI die „moderne“ Alleanza Nazionale formiert hat. Diese politische Kraft gibt vor, der europäischen Rechten Chiracs oder Kohls ähnlich zu sein, kommt durch ihr Handeln jedoch der Rechten eines Le Pen oder eines Haider gleich.

Eine aggressive Rechte in der Außenpolitik (militärische Interventionen, „sich Istrien und Dalmatien zurückholen“, der deutschsprachigen Minderheit in Südtirol ein Ende setzen, ...), nationalistisch, xenophobisch (AusländerInnen zu BürgerInnen zweiter Klasse machen), autoritär, rassistisch. Eine Rechte, die im Gegensatz zu Berlusconi, einen Teil der Gesellschaft hinter sich hat: das Kleinbürgertum, Arbeitslose, ArbeiterInnen der Sektoren, die die „Konkurrenz“ der ImmigrantInnen spüren ... Diese Rechte hofft, daß die Mitte-Links-Regierung durch die Wirtschaftskrise gezwungen ist, unpopuläre Maßnahmen zu ergreifen, um einen sozialen Aufruhr organisieren zu können.

Zweitens

Es wächst das Gefälle zwischen dem Norden und dem Süden des Landes. Genauer: Die Lega Nord des Umberto Bossi, die alle totgesagt haben, hat überraschenderweise 10 % der Stimmen erreicht und nach der Wahl das Kennwort „Sezession“ lanciert. Somit hat sie die Linie verlassen, Italien in einen Föderalstaat zu verwandeln (was auch von Mitte-Links getragen wird), um eine Trennung der reichen Gebiete (die Pianura Padana) von den weniger reichen vorzuschlagen. Als Beispiele dienen die „übereinstimmende“ Teilung der ehemaligen Tschechoslowakei oder die gewaltsame Sloweniens und Kroatiens. Die Logik ist immer dieselbe: In einem immer konkurrenzfähigeren Europa will sich der „moderne“ Teil von der „Last“ des restlichen Landes befreien.

Doch letzteres läßt sich nicht so leicht abhängen: In vielen Städten des Südens wächst eine immer mächtiger werdende anti-sezessionistische Bewegung, angeführt von den Ex-Faschisten. Gleichzeitig haben Generäle des Heeres und der Marine of-



fen erklärt, daß die „italienischen Soldaten einer Sezession nicht zustimmen“. Bis jetzt sind es nur Worte, aber wie lange noch?

Alles hängt davon ab, was die neue Mitte-Links-Regierung machen wird. In ihrem Inneren wohnen zwei „Seelen“, zwei verschiedene politische Richtungen. Während der Zeit der Opposition und dann bei den Wahlen haben diese dazu beigetragen, Stimmen aus allen Teilen und Bereichen anzuziehen. Aber jetzt, wie soll regiert werden? Schauen wir einmal, wer diese zwei Seelen sind und wodurch sie sich unterscheiden.

Die erste Seele

ist die von der Linken repräsentierte, einer Linken, die im Lauf der Zeit immer mehr der Sozialdemokratie des deutschen Raums ähnelt – und sie tut alles, um ihr ähnlich zu sein. (In Kürze wird der PDS einen Kongreß abhalten, bei dem die noch enthaltene kleine rote Fahne mit Hammer und Sichel aus dem Parteizeichen ausradiert wird). Es ist eine Sozialdemokratie, aber der italienischen Art: gezeichnet von fünfzig Jahren Oppositionskampf, einer Gewerkschaft, die in manchen ihrer Kategorien noch kämpferisch ist, einer

starken antifaschistischen, internationalistischen und demokratischen Kultur. Sie hat ihre Wurzeln in den Regionen der Landesmitte und regiert mit ihren Bürgermeistern die meisten großen Städte, von Rom bis Turin, von Venedig bis Genua, von Palermo bis Neapel.

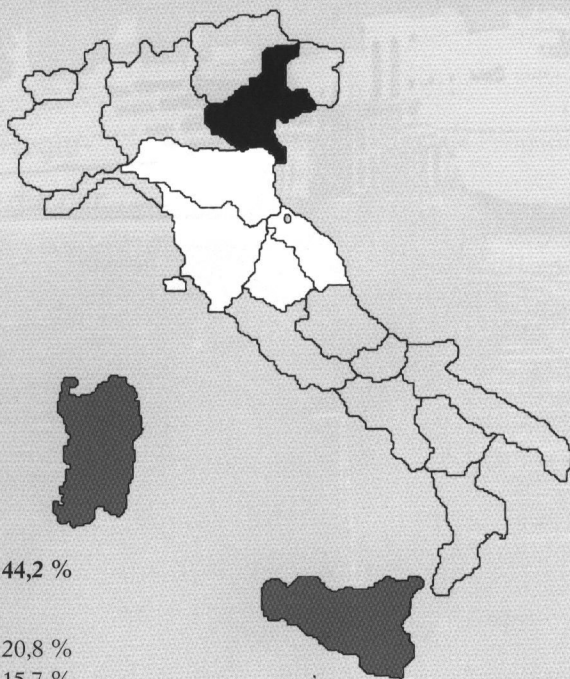
Diese Linke hat ein Programm: den Staat im föderalen Sinne zu reformieren, mit starker Betonung der Autonomie (Südtirol, mit dem Statut der Autonomie, wäre keine Ausnahme mehr, sondern die Regel – eine Tatsache die den Regierenden der SVP gar nicht gefällt); den Sozialstaat wiederzubeleben (zu sanieren), wobei Vergeudung beseitigt werden soll, ohne die Rechte der BürgerInnen zu reduzieren; ein Sozialpakt zwischen den Bossen und den LohnarbeiterInnen, der einen Preis- und Lohnstopp verfügen soll; die Erhöhung der Produktivität und, im Austausch, die Verwendung eines Teils der Profite, um neue Beschäftigung zu schaffen (heute gibt es ungefähr drei Millionen Arbeitslose); eine Reform des Steuersystems, das die Steuerhinterziehung bekämpfen soll (heute wird sie in Hunderten von Tausenden von Milliarden berechnet). Nicht zufällig sind die „sozialen“ Ministerien in den Händen der Linken.

Zwei Wahlbeobachter im Hafen von Neapel

DAS WAHLERGEBNIS VOM 22.04.1996

REGIONALTRENDS

Die ItalienerInnen stimmten regional sehr unterschiedlich. In den Provinzen Mittelitaliens (Emilia, Toskana, Umbrien, Marken – in der Karte weiß eingezeichnet) kam der „Ulivo“ auf mehr als 50 % Im Süden sind traditionell die Rechten stärker, in Sizilien und Sardinien (in der Karte dunkelgrau) erhielten beide Blöcke etwa gleich viel Stimmen. Im Norden erreichte die SeparatistInnen von der Lega Nord mehr als 20 % in Venetien (in der Karte schwarz) sogar 30.



Mitte-rechts 44,2 %

Pol der Freiheit

Forza Italia (Berlusconi) 20,8 %

Alleanza Nazionale (Finis, Ex-MSI) 15,7 %

Rechte Christdemokraten (CCD-CDU) 5,8 %

Lista Pannella (Ex-Radikale) 1,9 %

Andere 12,7 %

Lega Nord (Bossi) 10,1 %

Movimento Sociale

Tricolore (Faschisten) 0,9 %

andere 1,7 %

Mitte-links 43,3 %

Ulivo

PDS (Demokratische Partei der Linken) 21,1 %

Gemäßigte Christdemokraten (PP, SVP, u. a.) 6,8 %

Lista Dini (Rinnovamento Italiano) 4,3 %

Grüne – Federazione dei Verdi 2,5 %

Rifondazione Comunista 8,6 %

Die zweite Seele

ist die der Mitte der Regierungsallianz. Es handelt sich um einzelne Minister, die ihrer Geschichte gemäß eine wahre und eigene „Partei des Großbürgertums“ darstellen. Drei Personen im Konkreten:

1. Carlo Azeglio Ciampi, ehemaliger „Gouverneur“ der Banca d'Italia. Ein Mann, der über Jahre in finanzwirtschaftlichen Institutionen der Europäischen Union gearbeitet hat, einer der Väter der Maastrichter Verträge. Ihm wurden beide Wirtschaftsressorts anvertraut, das des Staatshaushalts und das des Staatsschatzes: Dies geschieht das erste Mal in der Geschichte Italiens und hat eine tiefe Bedeutung.

2. Lamberto Dini, auch er ehemaliger Banca d'Italia-Chef, ehemals Minister Berlusconi, der dann zu

Mitte-Links überging. Dini arbeitete Jahrzehnte in Amerika, im Dunstkreis des Internationalen Währungsfonds. Er wurde mit dem Außenministerium betraut.

3. Beniamino Andreatta, ehemals DC, bekannt für seine liberale Wirtschaftslinie und für seine Treue zur NATO. Er hat sich immer schon für eine Linie militärischer Interventionen in internationalen Krisenherden ausgesprochen. Ihm unterliegt das Verteidigungsministerium.

Schon die Biographien dieser Minister machen ihr politisches Programm deutlich: ein Staat, der versucht, eine Serie unangenehmer Funktionen zu dezentralisieren (Abgaben erhöhen, Erhöhung der Sozialbeiträge – das sollten besser die Gemeinden tun) aber gleichzeitig seine zentralistische Natur nicht in Frage

stellt; Priorität für die Ziele der Maastrichter Verträge; das Wiederbringen der Lira ins europäische Währungssystem durch eine streng antiinflationistische Politik: Erhöhung der Leitzinssätze und die Aufwertung der Lira – auch wenn dafür eine Abnahme der Investitionen und demnach eine ständig hohe Arbeitslosigkeit in Kauf genommen werden müssen; ein drastischer Einschnitt bei den öffentlichen Geldern, die Einschränkung von Sozialleistungen und die Erhöhung der Abgaben für die BürgerInnen; eine Steuerreform, die das Staatseinkommen erhöhen, Steuerhinterziehung bekämpfen, jedoch die Profite und die Unternehmen nicht treffen soll.

Wie man sieht, drücken die zwei Seelen der Regierung zwei ziemlich verschiedene Linien aus. Die eine könnte eine strenge, aber nicht ungerechte Reform des Landes mit „kontrollierbaren“ sozialen Spannungen vorantreiben. Die andere hingegen riskiert, Italien an das Diktat der Europäischen Union und den Internationalen Währungsfonds zu ketten, indem ArbeiterInnen und BürgerInnen dafür zahlen müssen. So könnte leicht eine soziale Revolte ausgelöst werden, die im Norden von der Lega Nord machtpolitisch bestimmt und in einer secessionistischen Bewegung aufgehen würde. Im Süden wäre sie von den Faschisten hegemonisiert. Die Folge wäre das Auflodern einer nationalistischen, rassistischen und autoritären Flamme.

Die Zukunft Italiens und seiner ersten Regierung der Linken in der Geschichte der Republik spielt sich zwischen den Dialektiken dieser beiden Seelen ab. Eine wichtige Variable wird die Fähigkeit der Rifondazione Comunista sein, die Koalition zu beeinflussen, die die Regierung von außen unterstützt und 10 % der Stimmen hat. Das Risiko ist groß. Aber nachdem wir uns von der Telekratie Berlusconi befreit haben, ist es eine Herausforderung, die es wert ist, angenommen zu werden. ■

Übersetzt von Julia Hošek und Thomas Iacopino.

*Riccardo Dello Sbarba ist „Il Manifesto“-Korrespondent aus Südtirol.

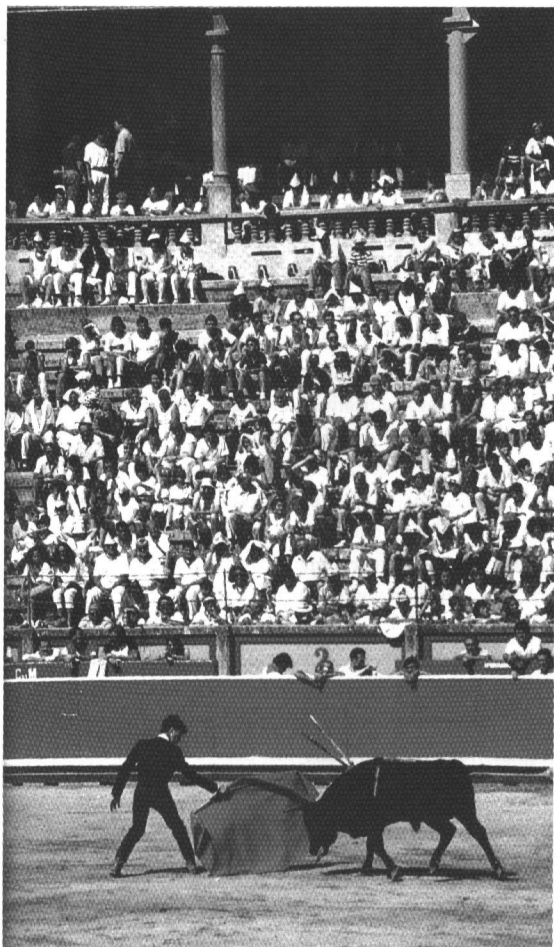
Rückkehr der Rechten?

Am 3. März dieses Jahres wählte Spanien. Dreizehn Jahre sozialistische Regierung wurden beendet. Wer sind die neuen Machthaber?

VON MANFRED GMEINER

Während in Österreich von einem Sieg der Konservativen in Spanien die Rede ist, warnten die Sozialisten (PSOE) vor einem Sieg der Rechten, und nicht wenige KommentatorInnen spanischer Zeitungen sahen die sich als Zentrumsparterie präsentierende Partido Popular (PP) weit rechter angesiedelt, als sie sich darzustellen versuchte. Es ist erstaunlich, daß diese Frage hier kaum auftaucht, obwohl in Spanien erst 1975 die Diktatur Francos zu Ende ging.

Aznar kämpft mit dem roten Tuch



Vor 1923 gab es in Spanien VertreterInnen einer liberal gesinnten rechts-konservativen Politik. Mit dem Militärputsch von 1923 verschwanden demokratisches Ideal und Überzeugung aus dem Horizont der Rechten Spaniens. Übrig blieben als essentielle Werte der spanischen Rechten: Autorität, starke Regierung, Katholizismus, Verteidigung des Eigentums, Kirche und Militär.

Aus dem Bürgerkrieg ging 1939 die Diktatur Francos hervor, in die sich die meisten rechten Gruppierungen, die in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg existierten, integrierten, auch wenn einzelne Parteiführer ins Exil gehen mußten. Nach der Diktatur versuchten alle möglichst rasch franquistischen Positionen abzuschwören und sich im Wettstreit um die neue Ordnung zu bewerben. Als eine für die Demokratie offene Partei gründete Manuel Fraga die Alianza Popular (AP). Der von Franco als Nachfolger bestimmte König bildete ein Kabinett aus all jenen Kräften, die sich schon gegen Ende der Diktatur für Reformen offen gezeigt hatten. Adolfo Suárez, ehemaliger Falangist, wurde zum Symbol für den Wandel zur liberalen Gesinnung, indem er für die Legalisierung aller Parteien „der Straße“ eintrat. 1976 wurde er vom König mit der Regierung betraut und gründete die „Union Centro Democrático“ (UCD), die bei den ersten Wahlen 1977 fast die absolute Mehrheit erlangte, knapp gefolgt von den Sozialisten. Die Rechten (AP) erlangten nur wenige Sitze im Parlament.

Werdegang der PP

Bei den Wahlen 1982 gingen die Sozialisten als deutliche Sieger hervor. Die Zentrumsparterie war der Auflösung nahe, sodaß ein Großteil der Oppositionsstimmen auf die AP entfiel. 1989 trat die Alianza Popular erstmals unter dem neuen Namen Partido Popular und mit dem neuen Spitzenkandidat Aznar, unterstützt

von Manuel Fraga, bei den Wahlen an. Die Stärkung der PP in den folgenden Jahren resultierte in erster Linie aus der Auflösung der Zentrumsparterie und auch aus der Schwächung der PSOE. Der Grundstock der WählerInnen der PP ist aber nach wie vor der Rechten zuzuzählen.

Die Partei selbst ist in verschiedene Gruppierungen unterteilt. Zwar sind nicht alle Personen eindeutig einer „Familie“ zuzuordnen, doch gibt es in der PP die Tradition, sich in politischen, sozialen oder kulturellen Stiftungen zu gruppieren. So sammeln sich die alten Fragisten weiterhin in einer von Fraga präsidierten Stiftung. Neben diesem rechten Flügel gibt es die Gruppe der Christdemokraten und die ehemaligen UCD Mitglieder. Starken Einfluß haben aber auch Interessensgruppen wie der Unternehmerverband und der kirchliche Rechts-außen-Flügel Opus Dei. Die Sorge vieler KommentatorInnen, der Wandel der PP zu einer Zentrumsparterie sei letztlich bloß eine wahltaktische Behauptung, ist bei diesem Bild nicht unberechtigt, zumal Aznar es bisher konsequent vermieden hat, klare Programmaussagen zu machen. Selbst die Verkündung der Regierungsziele beschränkte sich mehr oder weniger auf Schlagworte wie Sparsamkeit, Ehrlichkeit und Kampf gegen die Korruption. Ob das Versprechen eingelöst wird, keine Kürzungen im Sozial-, Bildungs- und Kulturbudget vorzunehmen, ist zweifelhaft, da gleichzeitig der Wille bekräftigt wird, bei der WWU von Anfang an dabei zu sein.

Die Regierung

Acht der vierzehn MinisterInnen kommen aus der alten Alianza Popular, drei aus der ehemaligen UCD und drei sind unabhängig. Die aus der AP stammenden MinisterInnen waren fast alle schon zur Zeit der Führung Fragas Personen seines Vertrauens und bekleideten wichtige

Positionen in der Partei. Die meisten begannen ihre politische Karriere bereits während der Diktatur. Der Außenminister Abel Matutes, zur Zeit Vorsitzender der Kommission für außenpolitische Angelegenheiten im Europäischen Parlament, war unter Franco bereits Bürgermeister in Ibiza. Er zählt heute zu den reichsten Unternehmern Spaniens, dessen Vermögen auf umgerechnet 2,5 Milliarden Schilling geschätzt wird. Der Gesundheitsminister José Manuel Romay war schon zwischen 1963 und 1969 Generalsekretär im Gesundheitsministerium und fünf Jahre später Staatssekretär des Regierungschefs.

Die ehemaligen UCDisten bekamen das Innen- und das Entwick-

lungsministerium sowie das Ministerium für Arbeit und Soziales, die Unabhängigen das Verteidigungsministerium, das Ministerium für Industrie, Energie und Tourismus sowie das Justizministerium. Die Justizministerin Margarita Mariscal ist Mitglied der konservativen Richtervereinigung und Tochter von Jaime Mariscal, der während der Diktatur Polizeichef und später Richter für öffentliche Ordnung war.

Die Regierungsbildung wird als besonderer Erfolg Aznars gesehen, da es ihm, nach der Vereinigung der Rechten mit dem Zentrum innerhalb der Partei, nun auch im Parlament gelang, trotz knapper Mehrheit eine breite Unterstützung zu erlangen. In Spanien wird der Regierungschef

vom Parlament mit absoluter Mehrheit gewählt. Die größte nationale Partei, die katalanische Convergencia i Union (CIU), die auch die letzte Regierung der Sozialisten unterstützte, liefert dazu um vier Stimmen zu wenig. Aznar wird zusätzlich von den kanarischen NationalistInnen und zwei Abgeordneten der baskischen NationalistInnen unterstützt. Damit erreichte er zwei Stimmen mehr als unbedingt nötig. Die Unterstützung zu bekommen und zu erhalten, ist auch für Aznar nicht leicht, obwohl die nationalen Parteien in vielen Punkten ähnliche Ziele vertreten wie die PP. Andererseits hat die PP eine starke zentralistische Tradition, die dem Hauptziel der nationalen Parteien entgegentläuft. ■

Minenkonferenz tanzte

Vom 26. April bis 3. Mai 1996 tagte in Genf die UNO-Minenkonferenz. Das Abkommen zur Erneuerung der „Convention on Conventional Weapons“ (CCW) hat betreffend der umfassenden Ächtung von Antipersonenminen (APM) enttäuscht.

VON PETER STEYRER

Die „International Campaign to ban landmines“, eine Aktionseinheit von 500 NGOs, spricht sogar von einem Rückschritt im Vergleich zum bisher geltenden Protokoll. Das Internationale Rote Kreuz meinte, das Abkommen werde „nichts am Horror des enormen menschlichen Leidens durch Landminen ändern“.

Die 55 UNO-Staaten, die das bisherige Protokoll unterzeichnet hat-

ten, haben in Genf lediglich ein Einsatzverbot solcher Minen beschlossen, die keine Eisenteile aufweisen und daher mit Minensuchgeräten nicht auffindbar sind. Damit werden aber auch in den nächsten Jahren billige Plastikminen, die mit einem Eisenstreifen versehen sind, eingesetzt werden. Weiters sind all jene APM auch in Zukunft erlaubt, die einen Selbstzerstörungsmechanismus besitzen, der diese binnen vier Monaten außer Gefecht setzt.

Die APM wurde als Mine definiert, „die vor allem dazu dient, durch die Gegenwart, Nähe, Berührung einer Person zur Explosion gebracht zu werden“. Der Begriff „vor allem“ ist eine Relativierung, die bisher nicht enthalten war. Das hat zur Folge, daß Antipanzern in Kombination mit Sprengfallen in Zukunft weiterhin produziert und töten werden. Darüber hinaus ermuntert das Abkommen damit die Entwicklung neuer, technisch versierter Minen, deren Einsatz das Abkommen erlaubt.

Der Einsatz von APM in Bürgerkriegen wird durch dieses Abkommen nicht tangiert, da keine internationalen Kontrollmechanismen vorgesehen sind. Diese sind überhaupt mangelhaft. Darüber hinaus läßt die neunjährige Übergangsfrist bis zum Inkrafttreten des Protokolls keinerlei Hoffnung aufkommen, daß ein umfassendes Verbot von APM auf internationaler Ebene wirksam wird.

Damit kommt den Initiativen für nationale Minenverbotsgesetze erhöhte Bedeutung zu. Gerade der Beitrag Belgiens, Kanadas und Australiens für eine Konferenz in Ottawa zur umfassenden Ächtung von APM im kommenden September wurde auch vom österreichischen Vertreter auf der Genfer Konferenz unterstützt und begrüßt. Daß die Kritik an der CCW von Staatssekretärin Ferrero-Waldner an der Unzulänglichkeit des Abkommens bloßes diplomatisches Schönreden ist, zeigt der parlamentarische Initiativantrag von SPÖ und ÖVP vom 19. April 1996. Er wiederholt über

weite Strecken die Mängel des internationalen Abkommens und sieht eine Reihe von Ausnahmen vom APM-Verbot vor. So nimmt er all jene aus, die einen Metallanteil von mehr als acht Gramm haben und daher von Minensuchgeräten auffindbar bzw. detektierbar sind; ebenso jene für Ausbildungszwecke des Bundesheeres. Darüber hinaus hat das Bundesheer mit einem Definitionstrick Schützenminen in Richtsplitterladungen umbenannt, die damit auch nicht mehr vom APM-Verbot erfaßt werden. Diese SPVP-Gesetzesinitiative umgeht ein umfassendes Produktionsverbot in Österreich ebenso wie eine Änderung der Praxis im Bundesheer. Den österreichischen Abrüstungsdiplomaten hat dieser Antrag für die Konferenz in Genf keine umfassende Ächtung von Antipersonenminen ins Gepäck mitgegeben.

Auch Mocks „Vortrag an den Ministerrat“ (9.1.1995), durch ein vollkommenes „Exportmoratorium für Schützenminen“ den sinnlosen Opfern Rechnung zu tragen, blieb bisher ohne Konsequenzen. Es ist zu befürchten, daß sich das Minenverbot zu einem Dauerbrenner für Sonntagsreden österreichischer PolitikerInnen auswächst, dem keinerlei abrüstungspolitische Schritte folgen werden.

Foto: Rosemarie Pexa



ÖSTERREICHISCHE MINEN IN MOÇAMBIQUE

Im moçambiquanischen Bürgerkrieg kamen auch österreichische Minen zum Einsatz. Laut „Human Rights Watch“ wurden österreichische Antipanzermine der Type DNW ATM 2000E [PZM] gefunden. Antipanzermine werden heute noch immer gezielt gegen ZivilistInnen eingesetzt. Eine moçambiquanische „Spezialität“ sind Antipersonen- und Antipanzermine im „Doppelpack“ verlegt, damit das Gewicht eines Menschen zum Auslösen ausreicht.

Die Information, daß Antipersonen- auf Antipanzermine gelegt wurden, stammt von Brian Florence und Dave Sinai, beide Offiziere der Australian Army, die das United Nations Demining Programme in der Provinz Inhambane leiten. Hier werden ehemalige Soldaten beider Bürgerkriegsparteien für die Entminung ausgebildet.

Im November 1995 wollten Banditen einen Lebensmitteltransporter auf der Straße Maputo – Inhambane überfallen. Sie legten eine Antipanzermine. Auf die fuhr statt des erwarteten LKW mit Lebensmitteln ein medizinisches Transportfahrzeug auf. Sieben Ärzte waren auf der Stelle tot.

Während des Bürgerkrieges wurden Antipanzermine wie in diesem Fall gezielt für Überfälle auf Lastwagen verwendet. Herumziehende Soldaten plünderten, was dann noch übrig war (v. a. Lebensmittel und Kleidung). Antipanzermine wurden aber auch gezielt gegen Transportfahrzeuge für ZivilistInnen (Autobusse oder mit Leuten vollgeschlichtete LKW) eingesetzt. Autowracks entlang den Straßen zeugen immer noch von diesen Greueln.

Die in Moçambique aufgetauchten Antipanzermine DNW ATM 2000E stammen aus dem Hause Dynamit Nobel Wien, einer Tochter der Grazer Dynamit Nobel, die sich im Einflußbereich der Raiffeisengruppe befindet. Dem Produzenten ist bekannt, daß es Grauzonen zwischen Personen- und Panzermine gibt. Janes Yearbook 92/93 hat Antipanzermine von Dynamit Nobel Graz noch als Antipersonenmine beworben. Im Janes Yearbook von 94/95 sind dieselben Produkte als Panzermine bezeichnet. Die verwischten Grenzen der beiden Typen wurden damals noch werbestrategisch geschickt eingesetzt.

Rosemarie Pexa

Mehr Beschäftigung und Wohlstand durch den Euro?

Der Brüsseler EU-Kommission ist das Thema Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) seit dem 22. Januar dieses Jahres Hunderte von Millionen Schilling für eine Werbekampagne wert. Sie versucht, die Gemeinde der Monetarismus-Gläubigen zu vergrößern. – Teil 1

VON DOROTHEE PIERMONT*

Oberster Glaubenssatz, formuliert in einer Broschüre des Presse- und (sogenannten) Informationsamtes der deutschen Bundesregierung¹: „Die WWU ist ein Schlüsselfaktor für wirtschaftliche Stabilität, Beschäftigung und Wohlstand in Europa.“ Ist sie das wirklich, oder ist das eine jener katechismusartigen Lehren, von denen der Philosoph Holbach schon vor 230 Jahren sagte, daß sie „unverständlich und notwendig seien und den kleinen Christen von Priestern nachdrücklich eingepflichtet würden, um sie frühzeitig daran zu gewöhnen, ihr ganzes Leben lang ihre Vernunft nicht zu gebrauchen“?² Die Deutschen scheinen von dieser Beteuerung jedenfalls wenig überzeugt. Von Anfang an, d. h. seit Bekanntwerden der ersten Pläne für eine WWU, stieß sie bei der Mehrheit der Bevölkerung Deutschlands auf Ablehnung, im Januar dieses Jahres z. B. laut Forschungsgruppe Wahlen bei 66 %, laut Umfrage der EU-Kommission bei 62 %.

Die Gründe dafür sind zahlreich, von einem DM-Fetischismus, der um den Verlust eines sozusagen „deutschen“ Privilegs fürchtet, über die

konkrete Erfahrung, daß in den letzten Jahrzehnten die Deutsche Mark gegenüber anderen Währungen in der Europäischen Union, z. B. der italienischen Lira, dem englischen Pfund, der spanischen Peseta, dem französischen Franc, ja selbst dem europäischen ECU, stetig an Wert gewonnen hat, bis hin zur schlichten Verwechslung von Währungsunion und der 1948 erfolgten Währungsreform, bei der Bargeld, Sparguthaben, Rentenansprüche usw. im Verhältnis 10:1 abgewertet wurden. Das ist jedoch nicht der springende Punkt, im Gegenteil.

Der in solchen Befürchtungen mitspielende DM-Nationalismus, ja Egoismus, etwas Besseres sein und haben zu wollen als andere, ist ein geeigneter Nährboden für rechte Propaganda à la Brunner oder Republikaner, die die Suppe durch Hineinrühren von Identitäts- und Souveränitätsverlustängsten kräftig aufmischen. Er verschleierte, daß gerade das BRD-Großkapital am meisten von der WWU profitieren wird und liefert den potentiellen NutznießerInnen die Gelegenheit, „Haltet den Dieb“ zu schreien, um nicht selbst beim Griff in die Tasche der Bevölkerungsmehrheit hier und in anderen EU-Ländern dingfest gemacht zu werden. Er gibt leichte Argumente an die Hand, jede Kritik an der WWU als national borniert und europafeindlich abzutun, so als sei die im Aufbau befindliche monetaristische, gemäß den Interessen der Konzerne und Banken organisierte Europäische Union das einzig mögliche Europa, als sei ein soziales Europa nicht denk-, geschweige denn wünsch- oder machbar. Als treue Diener ihrer Herren wirken daran übrigens auch die Meinungsforscher wie etwa die Forschungsgruppe Wahlen mit, wenn sie ihre Frage folgendermaßen formulieren: „Finden Sie es gut, wenn in Deutschland die D-Mark durch eine gemeinsame europäische

Währung ersetzt wird“?³ Auch sie suggerieren damit, ganz im Sinne der herrschenden Kräfte in Politik und Wirtschaft, daß bei der WWU die Deutschen die großzügig Opfernden seien, weil sie der DM verlustig gingen, und blenden die eigentlichen Probleme, die gar keine spezifisch deutschen sind, konsequent aus.

Was wird mit der WWU bezweckt?

Sie soll, zumindest theoretisch, dazu führen, daß in der EU, d. h. in allen 15 Mitgliedstaaten, nur noch eine einzige Währung gilt, der „Euro“. Damit soll(en)

- der Handel zwischen den Ländern der EU erleichtert werden, weil Wechselkursschwankungen zwischen verschiedenen Währungen entfallen,
- Kosten gesenkt werden, weil die beim Geldumtausch anfallenden Kommissionen, Gebühren und Gewinnspannen entfallen,
- ein einheitlicher Währungsraum für über 370 Millionen Menschen als „Gegenblock“ zum amerikanischen Wirtschaftsraum unter der Führung der USA und zum asiatischen Wirtschaftsraum unter der Führung Japans geschaffen werden,
- der Handel mit und Investitionen in Ländern außerhalb der EU für die EU-Unternehmen vorteilhafter werden, da beide in Euro statt bisher in Dollar abgewickelt würden, Wechselkursschwankungen zwischen dem Euro und der jeweils anderen Währung also auf die „Partner“ abgewälzt würden,
- die DM als zweitgrößte Reservewährung der Welt entlastet werden, in der (mit der Folge eines dauerhaften Aufwertungstrends) 16 % der Weltwährungsreserven angelegt sind,
- Spekulationen gegen einzelne Währungen der EU-Mitgliedstaaten entfallen, die in den vergange-



Geldbuffet

nen Jahren infolge und gemäß der Logik der völligen Liberalisierung des Kapitalverkehrs im Binnenmarkt immer wieder zu scharfen Krisen geführt haben,

- in allen beteiligten Ländern als oberstes, ja einziges Ziel die Stabilität des Geldes nach innen (Inflation) und nach außen (stabile Wechselkurse) verfolgt werden.

Mit einem Wort: Die EU soll für die weltweite, innerimperialistische Konkurrenz – und wenn möglich Vorherrschaft – unter den Bedingungen der Globalisierung fit gemacht werden.

Wie soll die WWU realisiert werden?

Der Maastricht-Vertrag legt sowohl Bedingungen als auch einen Zeitplan für die Realisierung der WWU fest.

Die **Kriterien**, die ein Mitgliedstaat erfüllen muß, sind in ihrer Präzision willkürlich.⁴ Doch da sie nun einmal im Vertrag stünden, dürfe – so Schäuble auf einer Propaganda-Veranstaltung in Offenburg am 22.1.96 – auch in der zweiten Stelle nach dem Komma nicht davon abgewichen werden.

Wie so häufig kommt auch hier dem, was nicht angeführt wird, mindestens so große Bedeutung zu wie dem, was geschrieben steht. Arbeitslosenrate oder Standards der sozialen Absicherung wurden nicht etwa vergessen, sondern sind auf ausdrücklichen Wunsch und Druck der deutschen Bundesregierung absichtlich keine Kriterien für die Teilnahme an der WWU. Arbeitslosigkeit und Inflation sind nämlich gleichzeitig nicht zu bekämpfen. Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt zog in vergangenen Tagen 5 % Inflation 5 % Arbeitslosigkeit vor. Mit Maastricht im Rücken ist die Lage heute umgekehrt: Einem Rekordtief der Inflation steht z. B. in der BRD ein trauriges Rekordhoch der Arbeitslosigkeit von 10,9 % gegenüber, d. h. von 4,2 Millionen Menschen – die zahllosen auf Arbeitsbeschaffungs- oder auf perspektivlose sogenannte Umschulungsmaßnahmen Abgeschobenen noch nicht einmal mitgezählt. Und in den meisten EU-Staaten ist die Arbeitslosenrate nicht geringer, in vielen sogar höher: Spanien 22,2 %, Finnland 17 %, Irland 14,6 %, Italien 12,6 %, Frankreich 11,6 %⁵, wobei die Regie-

rungen dort ebensoviel Einfallsreichtum darauf verwenden, die Prozentsätze zu schönen wie hier!

Der **Zeitplan** sieht zwei Termine vor. Im Prinzip soll am 1.1.1997 die 3. Stufe der Währungsunion (Festlegung der definitiven Wechselraten zwischen den einzelnen Währungen und dem Euro, Einführung einer darauf basierenden einzigen, gemeinsamen Währung) in Kraft treten. Falls dann nicht alle EU-Mitgliedstaaten die Kriterien erfüllen, soll automatisch am 1.1.1999 unter den EU-Staaten, die dann den Kriterien gerecht werden, die WWU beginnen.

Der erste Termin wurde mangels Masse, d. h. währungsunionsreifer Mitgliedstaaten, sang- und klanglos fallengelassen, und auch der zweite ist höchst zweifelhaft, da im Augenblick nur ein Land, nämlich der kleinste EU-Mitgliedstaat Luxemburg, die Kriterien erfüllt. Selbst die Bundesrepublik mußte zur offenen oder klammheimlichen Schadenfreude der anderen EU-Staaten im Januar eingestehen, daß sie ein wichtiges Kriterium 1995 nicht erfüllt hatte und wahrscheinlich auch 1996 nicht erfüllen wird: Mit 3,6 % des Brut-

toinlandsprodukts lag und liegt das Haushaltsdefizit nämlich deutlich über den laut Maastricht-Vertrag tolierbaren 3 %!

Zwischen Regierungsparteien und SPD ist daher ein heftiger Scheinstreit ausgebrochen, ob die Einhaltung des Zeitplans oder die der Kriterien wichtiger sei. Mit etwas anderen Worten sagen beide jedoch dasselbe: daß die Kriterien unabdingbar eingehalten werden müssen, laut Regierung zusätzlich auch der Zeitplan, laut SPD der Zeitplan notfalls weniger. Ohnehin haben beide bei dem sowohl im Bundestag als auch im Europäischen Parlament wie ein Mann zugestimmt. Für eine Verschiebung ohne Wenn und Aber treten aus entgegengesetzten Gründen deutsche Wirtschafts-Weise und die UNO-Wirtschaftskommission für Europa ein. Die einen halten sonst die Stabilität des Euro für nicht gegeben, die andere will verhindern, daß die Arbeitslosigkeit EU-weit aufgrund der von Maastricht geforderten restriktiven Haushaltspolitiken weiter steigt.⁶

Die Konzeption der WWU, in der Geldwertstabilität alles ist, soziale und ökologische Standards dagegen als Kriterien inexistent sind, wurde den EU-Staaten unter dem Diktat der Deutschen Bundesbank von der Bundesrepublik – als dem wirtschaftlich und (seit dem Anschluß der DDR) politisch Mächtigsten unter den angeblich Gleichen – aufs Auge gedrückt.

Zu dieser Konzeption gehört auch, daß nach Einrichtung der WWU die Entscheidungen über den Euro von einem laut Maastricht-Vertrag allein der Geldwertstabilität verpflichteten, nicht gewählten, sondern ernannten Expertengremium, dem sogenannten Europäischen Zentralbanksystem, getroffen werden. Nicht nur ist dieses nach dem Modell der Deutschen Bundesbank geschaffen worden, die BRD hat auch durchgesetzt, daß es seinen Sitz, von der Bundesbank strikt beobachtet, ebenfalls in Frankfurt am Main hat. Daß es keiner/m WählerIn, ArbeitnehmerIn, Arbeitslosen, SozialhilfeempfängerIn gegenüber rechen-schaftspflichtig ist, sondern „unabhängig“ (jedenfalls von der Bevölkerungsmehrheit, wenn auch nicht von den Interessen des Großkapitals), ist die Garantie dafür, daß es nicht in die Versuchung gerät, angesichts ständig anschwellender Arbeitslosenzahlen aus Angst vor Abwahl die restriktive Geldpolitik zu lockern.

Scheinbar war die Übernahme dieser Konzeption der von den anderen EU-Staaten zu zahlende Preis dafür, daß die BRD das „Opfer“ brachte, die starke DM in einen europäischen Verbund einbinden zu lassen. In Wirklichkeit brachte die BRD damit aber kein Opfer, sondern verfolgte ein ihren Interessen dienendes Ziel, nämlich ihre eigene Logik auf die gesamte EU auszudehnen und damit den gesamten Verbund nach ihrer Pfeife tanzen zu lassen. Sie erzielte damit einen Sieg auf der ganzen Linie

und machte EU-Europa zum Resonanzboden und Instrument ihrer weiteren Machtvergrößerung.

Die WWU, d. h. der Verzicht auf eine eigene Währung, bedeutet nämlich gerade für die wirtschaftlich schwächeren EU-Staaten einen kaum überwindbaren Nachteil, da sie damit die Möglichkeit aus der Hand geben, Rückstände ihrer Produktivität durch Wechselkursänderungen auszugleichen. Wer teuer produziert, kann auf diese Weise seine Waren auf dem Weltmarkt verbilligen. Der exportabhängigen Bundesrepublik, die 62 % ihrer Exporte in die Staaten der EU verkauft, kann es nur recht sein, wenn damit Schluß ist. Schafft sie sich doch auf diese Weise, wie bundesdeutsche Politiker auch unge-niert eingestehen, den lästigen Druck kompetitiver Abwertungen aus den Reihen der EU vom Halse, der z. B. italienische, spanische oder englische Produkte während der letzten Jahre aufgrund der dortigen Abwertungen so attraktiv machte, bundesdeutsche Waren dagegen zwischen 1994 und 1995 um 6 % verteuerte.⁷

Aufgrund der Unterschiede der „Wirtschaftskraft“ unter den EU-Staaten erinnert die geplante WWU an einen Boxkampf, bei dem im Ring Fliegengewicht und Schwergewicht gegeneinander antreten, gesteuert nur nach den Bedingungen der von Adam Smith entdeckten „unsichtbaren Hand des Marktes“, d. h. dem Recht des Stärkeren. Über Gewinner und Verlierer kann es da wohl keine Zweifel geben! Oder, um ein anderes Bild zu benutzen, die WWU gleicht dem Versuch eines Schuhfabrikanten, seine Kosten zu senken und seine Profite zu erhöhen, indem er nur noch eine Schuhgröße herstellt. Der Schuh wird den meisten unendliche Qualen bringen, weil er den einen zu groß, den anderen zu klein ist. Nur wenige Auserwählte werden ihre Freude daran haben, und das sind diejenigen, die das Einheitsmaß bestimmt haben.

In wessen Ohren wird der Euro lieblich klingen?

Die Gewinner und Verlierer sortieren sich in erster Linie nicht nach Ländern, sondern nach unten und oben. Erst in zweiter Linie, nämlich als

und erreichte, daß das von ihr angestrebte deutsche Europa auch ein ihren monetaristischen Zielen dienendes ist. Die Hoffnung, die in allen anderen Ländern eine Rolle gespielt hat, nämlich das übermächtige Deutschland und seine DM durch Einbindung in ein europäisches System zu binden, erwies sich als Illusion. Im Gegenteil hat die BRD der Gesamtheit ihr Gesetz, ihre Strukturen aufge-

die grüne
bildungs-
werkstatt

27. bis 30. Juni 1996
Palais Eschenbach
Eschenbachgasse 11
1010 Wien

ARBEITSWELTEN - LEBENSWELTEN

Nachhaltige Wirtschaft, Arbeit, Europa

Bildungstagung 1996

Die Bildungstagung ist Teil der laufenden Programmdiskussion der Grünen.

Die Arbeitsforen werden von kundigen Expertinnen und Gastdiskutantinnen aus dem In- und Ausland begleitet. Wir laden alle Interessierten ein, sich an den Diskussionen zu beteiligen!

Referate, Arbeitsforen, Diskussionen, Playback-Theater, Fest und Sonntagsmatinée

Informationen über Programm und Ablauf:

Grüne Bildungswerkstatt, Lindengasse 40, 1070 Wien

Telefon: 526 91 11, Telefax: 526 91 15

bez.Anz.

Stärke des jeweiligen Kapitals, kommen dann Länder ins Spiel. Und da steht, wie schon gezeigt, das bundesdeutsche Großkapital, das es mit Hilfe „seiner“ PolitikerInnen geschafft hat, seine Kriterien EU-weit durchzusetzen, aufgrund erhöhter Hegemoniefähigkeiten erneut gestärkt da.

Bei einer Podiumsdiskussion im Rahmen des diesjährigen Weltwirtschaftsforums in Davos wurden die TeilnehmerInnen aufgefordert, das Land zu nennen, das ihrer Ansicht nach zu Beginn des nächsten Jahrtausends die stärkste Wirtschaftsmacht weltweit sein würde. 82 % der Stimmen fielen auf die USA, 8 % auf die BRD, weitere auf Japan, China und Indien. Daraufhin ein berühmter Wirtschaftsprofessor an einer der angesehensten amerikanischen Universitäten zum Präsidenten der französischen Nationalbank: „Frankreich ist nicht mehr unter den ersten fünf, sollte es bereits eine deutsche Provinz sein?“⁸ Der gesamte Saal brach in zustimmendes Gelächter aus. In der Tat: Im Département Moselle z. B. ist bereits jeder zweite Arbeitsplatz von deutschem Kapital abhängig, bei halb so hohen Löhnen wie in Deutschland und Überstunden à gogo. Deutsche Unternehmen investierten 1995 im Ausland 175 Milliarden DM, in der BRD dagegen nur 25 Milliarden. Es stimmt also nicht, daß die deutschen Unternehmen unter so ungünstigen Bedingungen arbeiteten, daß sie keine Gewinne erwirtschafteten. Man zieht es jedoch vor, den umworbenen Märkten statt den heimischen Arbeitslosen nahe zu sein ...

Nutznieser und Gewinner sind dabei die international agierenden Konzerne und Banken, die in der EU ihre Basis haben, und zwar die stärksten am meisten. Nehmen wir z. B. die Banken. Zwar müssen sie einige Gewinnminderungen hinnehmen, da sie ja bisher sowohl an Wechselkursschwankungen innerhalb der EU als auch am Geldumtausch verdienten. Dennoch rechnen sie mit insgesamt saftig verbesserten Profitmöglichkeiten, da einerseits der Löwenanteil (83 %) am Devisengeschäft auf Transaktionen mit dem Dollar entfällt, woran sich durch eine einheitliche Währung nichts ändert, da anderer-

seits der Euro, so hoffen sie, japanische und US-amerikanische Fonds, die bis jetzt nur 7 % in europäischen Währungen angelegt haben, anziehen wird, was die europäischen Finanzmärkte kräftig beleben würde, ja eventuell in Anbetracht der Größe des Euro-Finanzraumes den Dollar von seinem Rang als erste Währung für Anleihen etc. vertreiben könnte. Und das wiederum würde den Umsatz der emittierenden Banken (das sind natürlich auch wieder die größten!) in für sie höchst erfreulichem Umfang in die Höhe treiben und die Spekulation ebenfalls gewinnbringend vom Feld nationaler Währungen auf das des Euro verschieben (aber keinesfalls stoppen!).⁹ Kein Wunder, daß sich das Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, Ulrich Cartellieri, am 31. Januar in den Räumen der EU-Kommission in Bonn dafür aussprach, im Alleingang sofort zumindest eine WWU mit Frankreich zu bilden!¹⁰ Das ist ja schließlich die Logik der WWU zu Ende gedacht oder auf ihre wesentlichen Kerne reduziert: Die EU als Apfel, im Mittelpunkt die Kerne, bestehend aus Deutschland und seiner aus amerikanischem Munde so bezeichneten „Provinz“ Frankreich, im Kerngehäuse versteckt zwei bis vier weitere Länder, z. B. die Benelux-Staaten, der Rest der EU-Staaten drum herum als sowohl eßbares als auch schützendes Fruchtfleisch (von den anderen ost- und südost-europäischen Staaten ganz zu schweigen). Es geht eben nichts über Wilhelm Buschs Weisheit: „Ist der Ruf erst ruiniert, lebt sich's völlig ungeniert.“

In letzter Zeit allerdings ist den VerfechterInnen solcher „Kerneuropa-Vorstellungen“ aufgefallen, daß die Sache auch für sie einen Haken hat. Ein Großteil der erwarteten Vorteile ist nämlich nicht zu erreichen, wenn nicht alle an der WWU teilnehmen. So könnten z. B. die Abgehängten nach Gutdünken und eigenen Bedürfnissen weiterhin kompetitive Abwertungen vornehmen und damit den Starkwährungsländern innerhalb der WWU Märkte streitig machen, was insbesondere der exportabhängigen BRD gar nicht schmeckt. ExpertenInnenzirkel brü-



Die Nationalbank informiert

ten daher über einer Lösung, die die Ausgeschlossenen aufs Strikteste an die Kandare nähme und ihre Handlungsfreiheit in puncto Wechselkurse engstens begrenzte¹¹, um keinen Augenblick in Vergessenheit geraten zu lassen, daß nur das, was gut ist für Siemens und Mercedes, auch gut zu sein hat für die gesamte EU, und nicht umgekehrt. ■

In der nächsten ZOOM: Was ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose und die sogenannte Dritte Welt von der Währungsunion zu erwarten haben.

* Dorothee Piermont ist ehemalige Abgeordnete der Regenbogenfraktion im Europaparlament.

1 Läufer, Thomas: 22 Fragen zu Europa. Bonn 1995, S. 40.

2 Holbach, P.H. Th. d': Théologie portative, Stichwort „Catéchisme“. Übers. von der Verf.

3 Forschungsgruppe Wahlen e.V., ipos, auf einem bei einer Veranstaltung in Offenburg am 22.1.1996 verteilten Flugblatt mit Umfrageergebnissen seit Januar 1992.

4 siehe ZOOM 1/96

5 Zahlen vom Dez. 1995, Le Monde, 10.2.1996

6 Le Monde, 7.12.1995

7 Le Monde, 13.1.1996

8 Le Monde, 11./12.2.1996

9 Le Monde, 11./12.2.1996

10 Le Monde, 3.2.1996

11 Le Monde, 30.11.1995

Tisch, weiblich

Ein Porträt der Autorin Margret Kreidl, zusammengestellt aus Gesprächsnotizen.

ZOOM: Von dir ist vor kurzem im Wieser Verlag ein Buch mit dem Titel „Ich bin eine Königin“ erschienen. Beginnen wir damit, daß Du über dieses Buch sprichst?

Margret Kreidl: In dem Buch sind einerseits dramatische Texte, teilweise in der Form ausgeschriebener Theaterstücke, andererseits treten die Hauptdarsteller und Hauptdarstellerinnen aus diesen dramatischen Texten auch in Prosatexten wieder auf. Die drei Stücke „Halbe Halbe“, „Auf die

Plätze“ und „Tragödie, blond“ sind also durch diese Prosatexte miteinander verbunden. „Tragödie, blond“ befaßt sich u. a. mit dem Thema Schönheitsoperationen. Mein Material waren Beschreibungen von solchen Schönheitsoperationen. Diese Beschreibungen habe ich aus dem ursprünglichen Kontext gelöst und in das Stück eingearbeitet. Verschiedene Fragen tauchen auf: also Schönheit und was sich jemand darunter vorstellt; Körperlichkeit, also was bedeutet es für eine Frau, einen Körper zu haben oder ein Körper zu sein – im Unterschied zu der Bedeutung, die der Mann seiner Körperlichkeit beimißt.

Du hast einige Theaterstücke geschrieben. Die Aufteilung eines Textes in mehrere Stimmen ist sozusagen etwas sehr Typisches für deine Texte.

Das stimmt. Mich fasziniert die Möglichkeit, verschiedene Stimmen sprechen zu lassen beziehungsweise mit verschiedenen Stimmen zu sprechen. Das heißt aber nicht, daß jeder dramatische Text ein Theaterstück ist. Es geht mir beim Schreiben immer wieder um Auftritt, um Inszenierung, Maskierung usw.

Zu deinem Interesse an Stimme, verschiedenen Stimmen und Körpern fällt mir deine Publikation in der Edition gegensätze ein. Du hast mit Ute Wassermann gemeinsam ein Buch über die Stimme, den Sitz der Stimme gemacht.

Das Buch ist aus meiner persönlichen Faszination und Begeisterung für die Sängerin und Vokalistin Ute Wassermann entstanden. Ich habe mir die Frage nach der Entstehung der Stimme gestellt:

Wo kommt sie her, wo im Körper ist sie lokalisiert, was ist das überhaupt „Stimme“, und wie entsteht das. Ich habe Ute Wassermann über ihre Arbeit befragt, gleichzeitig Sekundärliteratur über Stimme gelesen, ganz verschiedene Sachen, auch Gesangsbücher usw. Dann habe ich als Laiin eine Art ABC aufgestellt: einerseits Stichworte aus der Sekundärliteratur, also z. B. Vibrato, andererseits Worte, die mir spontan zum Thema Stimme eingefallen und wichtig vorgekommen sind, also z. B. Hysterie, wo es ja schon ein Klischee ist, daß man sie Frauen zuschreibt. Die Antworten, die Erklärungen, die Ute Wassermann zu den Stichworten gegeben hat, habe ich teilweise in mein Alphabet eingearbeitet. Gegenüber steht Ute Wassermanns Text, der aus Teilen ihres Traumtagebuchs besteht, ein Traumtagebuch, in dem sie sich, quasi träumend, mit ihrer Stimme beschäftigt.

Was bedeutet für dich politisches Engagement?

Während der Studienzeit war ich politisch sehr aktiv, Basisgruppen, Frauengruppen auf der Uni. Im Augenblick kann ich mir nicht vorstellen, wie sich für mich ein solches direktes politisches Engagement mit dem Schreiben, also meinem Beruf, verbinden lassen könnte.

Meine erste Theaterproduktion war unter ganz klar feministischen Bedingungen. Das war eine angenehme Atmosphäre und die Arbeitsbedingungen waren auch sehr angenehm. Das Stück war eine Montage und wurde mit den Sängerinnen, Schauspielerinnen und Musikerinnen gemeinsam erarbeitet. Thema waren Gen- und Reproduktionstechnologien. Das Stück hieß Asilomar und wurde 1990 in der Fabrik in Graz aufgeführt.

In meinen Texten arbeite ich an abweichenden Wahrnehmungsmöglichkeiten und wie sie sich schreiben lassen. Meine Texte sind aber auch selbst abweichend von vielen Vorga-



Foto: Martin Krammer

ben, wie Sachen und Realitäten um uns herum gesehen werden sollen. Die ganze Konsumscheiße und das ganze einschränkende System. Dagegen und gegen das ganze kapitalistische System mit meinen Texten anzuarbeiten, ist aber nicht mein größtes Interesse. Kunst muß nicht unbedingt direkt politisch wirksam sein.

Na ja, auf jeden Fall soll das Lesen auch Spaß machen ...

Ja, es soll nicht so sein, daß einem nachher alles wehtut ...

Machst Du gern Lesungen?

Ich mache Lesungen sehr gern. Schade, daß es oft so schwierig ist, von der organisatorischen Seite her. Bei Lesungen ist es oft leichter, was rüberzubringen. Ich persönlich mag das gern, habe auch gute Erfahrungen mit den Leuten, die zuhören. Ich hatte auch das Gefühl, daß meine Texte spontan verstanden werden können.

Natürlich geht es beim Lesen von Literatur grundsätzlich auch darum, daß man sich in eine Haltung des Lesens einübt, also darum, verschiedene Lesegewohnheiten zu entwickeln.

Woran arbeitest Du momentan?

Das Stück „Dankbare Frauen“ ist gerade fertig geworden.

Hier geht es um eine Frauenthematik?

In meinen Stücken nehmen die Männer als Hauptdarsteller immer weniger Raum ein. Sie sind mir quasi beim Schreiben abhanden gekommen. Das geht soweit, daß es im Stück „Dankbare Frauen“ keine Männer als Hauptdarsteller mehr gibt.

Was mein nächstes Buch betrifft, so sollen es auch wieder dramatische Texte sein, wie in „Ich bin eine Königin“, aber keine ausgeschriebenen Theaterstücke mehr im Buch.

Ich habe mir verschiedene Stilleben aus verschiedenen Epochen angeschaut – zwischen 16. und 20. Jahrhundert. Die Geschichte der Stilleben war für mich sehr faszinierend. Be-

sonders interessant waren die Bilder der Paula Modersohn-Becker¹. Aus den Titeln ihrer Bilder habe ich das Kapitel „Familie weiblich“ montiert. Da kommen zum Beispiel weibliche Familienmitglieder vor: Margret, Sonja, Verena. Die Beschreibung dieser weiblichen Familienmitglieder bezieht sich auf die Mädchenbilder von Modersohn-Becker.

CORA: Ein Stück Lippenrot nach außen stülpen einen Streifen weißer Haut am Lippenrand entfernen am oberen Lippenrand einen Streifen weißer Haut herauschneiden einen Streifen an der Unterlippe herauschneiden Lippenrot und Lippenweiß formen vernähen.

**aus: Margret Kreidl: Tragödie, blond.
in: Ich bin eine Königin**

Einige Stilleben von Mahlzeiten, Obst, Blumen, Gemüse usw. haben mich auf das Stichwort TISCH gebracht. In diesem Zusammenhang befasse ich mich mit verschiedenen Wahrnehmungsfragen, z. B. was bedeutet es, wenn ich sage: TISCH, WEIBLICH? Was ist ein weiblicher Tisch? Ich habe versucht, Weiblichkeit im Zusammenhang mit dem Wort Tisch zu setzen und verschiedene Inszenierungen dafür auszuarbeiten. Die Beschreibung der Tische geht von ihrer Funktion aus, also von dem, was auf dem Tisch drauf ist.

Ich habe schon sehr viel Material, angefangen von den Stilleben bis hin zum Material über Wetter und verschiedene Arten der Wolkenbildung. Es ist manchmal schwierig für mich, den richtigen Moment zu finden, sich vom Materialsammeln wieder dem eigenen Schreibtisch zuzuwenden.

Du befaßt dich auch viel mit Kunst von Künstlerinnen aus anderen Epochen?

Im Zusammenhang mit der Materialsuche bin ich auf viele Künstlerinnen wieder aufmerksam geworden. Zum Beispiel war jetzt in Wien eine Ausstellung von Sofonisba Anguissola².

In dem Zusammenhang habe ich auch das Buch „Den eigenen Augen trauen“ gelesen. Ein faszinierendes Buch, das von Unterschieden der Wahrnehmung zwischen Malern und Malerinnen in Bezug auf fremde Porträts und Selbstporträts handelt.

Demnächst erscheint von dir ja wieder ein Buch: „Schnelle Schüsse“.

Schnelle Schüsse hat mit einer privaten Obsession zu tun. Ich starre gerne in Frauenromane, also Heftchen. Es geht sich ein „Historical Gold“-Roman-Heftl genau auf der Bahnfahrt Graz–Wien aus. Das ist eine Strecke, die ich öfters fahre. In den Schnellen Schüssen habe ich mich mit diesem Genre, dem Trivialgenre auseinandergesetzt. Daraus sind diese alpenländischen Kurzkrimis entstanden. Es war zwar nicht so einfach zum Schreiben, gerade die Arbeit an den banalen Sätzen, banale Sätze zu schreiben, durchaus selbst zu schreiben und

dann wieder zu ironisieren, darüber hinaus zu schreiben. Die ganze Ausstattung der Heimatromane, Berge, Gipfel, Alpenblumen, Blondinen und Zöpfe sollte verwendet werden. Ich wollte schon in diesem Genre bleiben. Am Schluß jeder dieser Kurzkrimis gibt es einen Mord, einen Schuß, der nicht mehr näher erklärt wird. Es trifft auf jeden Fall immer die Männer.

Das Gespräch führte Ilse Kilic.

Veröffentlichungen:

Meine Stimme. Graz 1995, edition gegensätze.
Ich bin eine Königin. Klagenfurt 1996, Wieser Verlag.
Schnelle Schüsse. Wien 1996, Das Fröhliche Wohnzimmer Edition.

Aufführungen:

1990 Asilomar. Szenische Collage, UA, fabrik Graz.
1992 Auf die Plätze. Sportlerdramen, UA, Stadttheater Koblenz.
1993 Halbe Halbe. Ein Stück, UA, forum stadtpark theater Graz.
1994 Unter Wasser. 5 Akte, UA, Volkstheater Wien.

1 Paula Modersohn-Becker: geboren 1876, gestorben 1907. Malstudien u. a. bei Fritz Mackensen in Worpswede, seit 1900 Aufenthalte in Paris. Stilleben und Bildnisse (bäuerliche Frauen und Kinder) in einer zu großen Flächen verdichteten Formensprache.

2 Sofonisba Anguissola: geboren um 1528 in Cremona, gestorben in Palermo nach 1624. Die älteste und berühmteste von sechs malenden Schwestern.

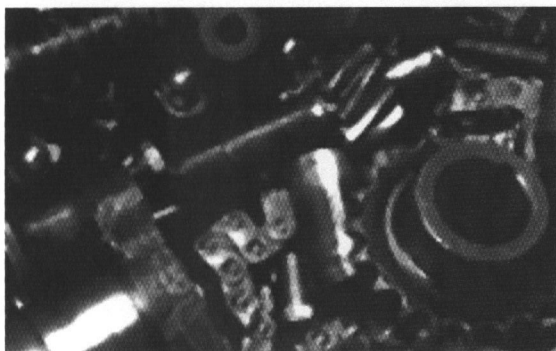
Mobile Gedanken

VON MARKUS BINDER / LINZ

abgeschleppt

sagen sie mir eins, sagen sie mir eins, was. er wurde abgeschleppt, wie ein ziviler mensch eben abgeschleppt wird, wenn er falsch parkt. denken sie an ihre familie, hat vorher noch so ein idiot zu ihm gesagt, aber nein, er hat sich falsch hingestellt und darum wurde er abgeschleppt. viele kinder haben auf der straße gespielt, viele leute waren da, niemand regte sich auf, es regt sich ja sowieso nie jemand auf, also was geht uns das an, denkt sich ein jeder und so hat er sich halt dorthin gestellt, der trottel. aber nicht, daß sie glauben, er hätte nicht beobachtet, was sie rundherum alles gemacht und getan hätten. er hat schon gewußt, auf was er sich einläßt. und so ist es dann passiert. er wurde abgeschleppt. beinhart, aber er hat es auch darauf ankommen lassen beinhart. sagen sie mir eins, sagt er. ja, sagte hippy. es ist echt einem jeden wurscht, daß sie mich da abgeschleppt haben. ja, sagte hippy, der ihn abschleppte und sich dachte, wenn er meint. wenn er es so will, soll er es so haben. hippy brachte ihn zur sammelstelle, der abgeschleppte wurde entkleidet und mit strenge dazu gezwungen, ein auto über den hof der sammelstelle zu schieben, allein natürlich. falls er dies schaffen sollte und er schaffte es, brachte ihn hippy zur nächsten aufgabe, dem steinkugelfangen. dabei wurden aus alten kanonen große steine auf den abgeschleppten abgefeuert, die dieser zu fangen versuchen mußte.

Folgen der Mobilität



durch jede kugel, die er fangen konnte, kam er dem erreichen der nächsten prüfung näher. er überstand diese aufgabe recht leicht verletzt und war dadurch für das nun bevorstehende froschfangen gut vorbereitet. er fing im laufe des nachmittags dreizehn frösche, die er anschließend verkaufen und den erlös der sammelzentrale abliefern und diesen betrag aus eigener tasche verdoppeln mußte. anschließend wurde er gewaschen und durfte sich eine kleidermodenschau aus großer entfernung anschauen. nachher wurde ihm noch ein kapitel aus der straßenverkehrsordnung vorgelesen und dann schlief er ein. so konnte er fast den ganzen tag verbringen, ohne das gefühl zu haben, er hätte die ordnung unnützerweise gestört, der idiot. ■

lieber schwan

das fahrzeug blieb stehen, als es aus war. sie stiegen aus. der mann untersuchte die sache, es ging nicht weiter. die frau rauchte sich eine zigarette an und wollte beginnen, eine begebenheit aus ihrer kindheit zu erzählen, vielleicht um irgendwann einen grund zu finden für diese situation, der mann konnte nicht mehr. warum bin ich kein wissenschaftler, dachte er, warum kann ich mir jetzt keine lösung vorstellen und die frau sagte einfach: ach, wärest du doch mechaniker geblieben. die sonne platzte fast vor begeisterung am himmel oben und sie schwitzten. sie wurden traurig, als sie sich ihr fahrzeug ansahen, das kann doch nicht alles gewesen sein. der mann packte die kamera aus und fotografierte geschäftig die ganze sache. die frau sah gar nicht hin. sie wußte, er würde die fotos dem chef zeigen, aber nur dem chef auf diesem gebiet. und niemand war ihr mehr zuwider als dieser. seine hosen, seine hemden, seine hände, das ende. und er interessierte sich für fußball und sie auch, aber ganz anders als er, sie fühlte sich

wohl in leeren fußballstadien, er mehr in vollen wahrscheinlich. dazu kam, daß ihr die fußballer immer so lächerlich vorkamen, wenn sie sie in vierfacher geschwindigkeit vor sich laufen sah, sie konnte sich auf der ganzen ebene nicht dazu durchringen, sie ernstzunehmen, so geschäftig alle, wie beim autopolieren und beim rasenmähen daheim in der wohnung, es ging nicht, sie konnte nicht und der chef auf seinem gebiet konnte halt auch nicht anders, der depp, er interessierte sich vorwiegend für die geschäftigkeit auf seinem gebiet, so wie es sein zustand zuließ als jemand, dem keiner was anderes beibringen konnte. bringt ihm was anderes bei, sie. und ihr mann konnte nicht anders. ihr mann. mein mann. mein lieber schwan du. er watschelte um sie herum, der schwan, sie fürchteten sich beide, aber es war zu spät, um ins rettende fahrzeug einzusteigen, der schwan hatte ihre abneigung gegen sich erkannt und er war nicht verlegen, er machte sich über die beiden so lustig, daß er sich nicht mehr halten konnte, mein lieber schwan. er fraß die kamera und starb. zu schwer zu verdauen. frau und mann retteten nun, was übrigblieb, als es aus war. sie kamen in stimmung. sie schleckten ihr fahrzeug, sie schleckten sich selbst, sie schlugen aufs dach, bis es brach, sie schrieben eine verlustanzeige wegen ihrer kamera und brachten diese zu fuß in den nächsten ort. es war keiner da. schon zu. weiter schleckend schleppten sie sich weiter wie schlangen und fingen ein vieh und verschlangen seine beine. keine und keiner mischte sich in ihre geschichte ein, in welche geschichte auch. sie trafen auf statuen, die aussahen wie sie selbst, auf kinder, die waren wie ihre eigenen, auf ein fahrzeug, wie das ihre und das war es dann auch, ihr eigenes fahrzeug, das dort stehengeblieben war, als es aus war und dort waren sie jetzt wieder und wer weiß, wie lange sie es bleiben mußten. ■

Der ideologische Charakter von Network

VON CLEMENTE PADIN / URUGUAY

Meine ersten Erfahrungen mit mail art stammen ungefähr aus dem Jahr 1967, als Edgardo Antonio Vigo, Guillermo Deisler, Dámaso Ogaz und ich unsere jeweiligen Publikationen austauschten. Von diesen Publikationen ausgehend, montierten wir schließlich unsere künstlerischen Grundsätze. Offiziell begann ich mail art im Jahr

gen in aller Welt teilgenommen.

BetrachterInnen, in direkte Interaktion mit dem Kunstwerk zu treten, wodurch jedeR BetrachterIn für sich diese Entscheidung treffen kann.

1969
zu machen, als
das Magazin
OVUM aus
Uruguay meine
Postkarten und visuellen
Gedichte veröffentlichte.

1974, während der uruguayischen Militärdiktatur, organisierte ich die erste lateinamerikanische Mail-art-Ausstellung in der Galerie U in Montevideo. Meine Edition unechter Post-Stempel verurteilte das diktatorische Regime für seine brutale Unterdrückung der Menschenrechte. Möglicherweise führte das zu meiner Einkerkung von August 1977 bis November 1979. Aber im Oktober 1983 stellte ich meine künstlerischen Aktivitäten in der Ausstellung „1.Mai“ in Uruguay vor. Danach organisierte ich die lateinamerikanische und karibische Vereinigung der MailArtistInnen, die am 31. August 1984 in Rosario, Argentinien, gegründet wurde. Seither habe ich an Hunderten von Mail-art-Ausstellungen

Die leicht zugängliche, unverfälschte Art des kommunikativen Austausches war für mich faszinierend. Mail art betont die Bedeutung von Kommunikation. Mail-art-Kunstwerke sind nicht für den Kunstmarkt gemacht, nicht gemacht, um konsumiert zu werden, sie sind vielmehr Produkte der Kommunikation.

Das kulturell vorherrschende System diktiert, daß nur einige privilegierte Wesen die „Erlaubnis“ haben, Kunst zu produzieren. Mail ArtistInnen sollten diese Form von falscher kultureller Übereinkunft in Frage stellen.

In der Gesellschaft ist ideologisch definiert, was „schön“ ist, und was nicht „schön“ ist, was „Kunst“ und was nicht „Kunst“ ist. Aber mail art und andere Konzeptkunst erlaubt

Mail art ist Kunst, und ihr Objekt ist ein Produkt menschlicher Arbeit, das soziale Beziehungen widerspiegelt. In jedem Produkt, das jemand übermitteln möchte, sind Charakteristika der Beziehungen zwischen der Gesellschaft und diesem Menschen enthalten. Daher beinhaltet es die Antagonismen und Widersprüche, die diese Beziehungen aufweisen. Mail art spiegelt diese Beziehungen wider und kann nicht umhin, die Ideologie der sozialen und politischen Realität zu bearbeiten. Es ist unmöglich, das Künstlerische zum Politischen und zum Sozialen zu reduzieren oder umgekehrt. Der politische Inhalt von Kunst ist untrennbar mit ihrem künstlerischen Inhalt verbunden. Kunst offenbart eine Form des sozialen Bewußtseins, ein Instrument des Wissens. ■

Kontakt:
Clemente Padin
Casilia C. Central 1211
Montevideo/Uruguay

In der nächsten Nummer: mail art Rußland



ICH KANN NICHT SCHNELL LAUFEN!

VON ILSE KILIC

1 das über-ich als haustier

So wirft man gern den blick auf sich: ritter und ritterin ohne furcht und tadel, mit dem „richtigen“ politischen und moralischen selbstverständnis, bereit, für unsere überzeugungen einzutreten und dafür – nun, sagen wir – unannehmlichkeiten in kauf zu nehmen. dieses bild von uns, bei bedarf ausgepackt und als stoßstange verwendet, ermöglicht uns, passanten und passantinnen, die sich, bei sogenannten „vorfällen“ = „dort wo es notwendig wäre“, als schweigende mehrheit verhalten, zu verurteilen. die selbstverständlichkeit der eigenen bereitschaft und fähigkeit, sich einzumischen, wird vorausgesetzt. um diesem „über-ich“ zu entsprechen, darf die frage, ob man vielleicht (auch) selbst (zu) feig wäre, ob man angst hätte, was die einmischung für folgen haben kann, nicht gestellt werden. dieses „über-ich“ wird anspruch und dessen erfüllung zugleich: so häufig muß man seine heldenhaftigkeit ja nun auch wieder nicht unter beweis stellen, daß sie ernsthaft in frage zu stellen wäre. oder doch?

mich interessiert das thema der sogenannten zivilcourage, gegenübergestellt der sogenannten feigheit. anders herum gesagt: ich halte die annahme, daß wir helden und heldinnen sind, für einigermaßen unrealistisch und frage mich also, wie es möglich sein könnte, trotzdem politisch handeln zu können. ich habe so eine ahnung, daß, wenn wir drauf warten, daß wir uns in helden und heldinnen verwandeln, beziehungsweise diese moralische forderung an uns stellen und uns mies fühlen, weil wir uns noch immer fürchten, noch immer dies und das nicht trauen usw., daß dann ein immer krasser werden des auseinanderfallen unserer ansprüche und unserer tatsächlichen

handlungsweisen passiert. ich bin außerdem davon überzeugt, daß keiner angst damit beizukommen ist, daß man sagt, es darf sie nicht geben.

2 erleben

eine bekannte erzählt mir, was sie jemanden sagen gehört hat. dieser jemand ist ein schriftsteller, der sich als jüdischer schriftsteller begreift, also ein jüdischer schriftsteller. diesen jemand hat sie sagen hören, daß er sich bei jedem menschen, dem er begegnet, zunächst fragen müsse, ob dieser mensch ihn DAMALS versteckt hätte oder nicht.

ich bin irritiert. stelle mir vor, ich lerne ihn jetzt kennen, wie wird sein urteil über mich lauten? was werden seine kriterien sein? ich bemerke meinen unwillen, daß es die möglichkeit gibt, daß jemand über meine moralischen fähigkeiten quasi im konjunktiv urteilt. zugleich entsteht in mir der wunsch, diesen menschen kennenzulernen, d.h., besser, von ihm kennengelernt zu werden, etwa so, wie man sich einer prüfung unterzieht. ich hoffe zu bestehen: bestehen heißt, daß dieser mensch sich über mich die meinung bildet, ich hätte ihn DAMALS versteckt. damit würde er es auch mir leichter machen, mich so zu sehen, wie ich mich sehen will. das heißt auch: ich bin nicht sicher, ob ich in der lage bin, mich selbst richtig einzuschätzen. ich möchte mich natürlich so sehen, daß ich sicher sein kann, aber ich habe angst: angst davor, daß angst und feigheit in mir „auch“ leben, daß sie einen größeren raum einnehmen, als mir bewußt ist. ich bin mir bewußt, daß es ein unlauteres motiv ist, wenn ich einen menschen zum zweck meiner eigenen versicherung kennenlernen will.

ich bemerke aber auch, daß es eine stimme gibt in mir, die sagt: wir ha-

ben DAMALS beide nicht gelebt, ich habe ihm nichts getan! ich will mich dagegen wehren, daß ich ein „schlechter“ mensch bin, der zuerst einmal auf den prüfstand gehört.

3 wer das ich bewohnt

meine eltern waren (mit)täter und (mit)täterin, keine opfer. auch die geschichten meines großvaters, der auf dem schiffsweg versucht haben soll, menschen vor den nazis in sicherheit zu bringen, sind nicht verbürgt. ich hoffe, daß sie stimmen.

in mir sitzt das schweigen meiner eltern, ihr peinlich-berührt-sein bei „so einem thema“, ihr drumherumreden, ihr nichtantworten. das alles hat mit sicherheit spuren in meiner damals kindlichen wahrnehmung, ja meiner ganzen welt hinterlassen.

ich habe ein schlechtes gewissen, wenn ich das wort jude ausspreche. darf man denn das? tue ich etwas falsches? ich höre mir zu und frage mich, ob ich etwas antisemitisches gedacht oder gesagt habe. etwas antisemitisches, das meine eltern in mir versteckt haben? irgendwie meine ich, noch die stimmen meiner eltern zu hören: „darüber spricht man nicht!“, rufen sie in mein sogeahntes unterbewußtsein hinein wie in einen riesigen schalltrichter. es ist etwas schlechtes, über juden zu sprechen, es ist etwas schlechtes, deutlich zu sprechen, das ist die botschaft, die meine eltern, (mit)täter und (mit)täterin, mir hinterlassen haben. schweigen macht ungeschehen, rufen meine eltern und: undeutlich sprechen verschleiert eigene fehlerentscheidungen, deren größe im nachhinein erst die fassung raubte. eine überlegung drängt sich dazu: durch dieses DAMALS ist das wort jude ein „täterwort“ geworden, menschen wie meine eltern haben es als solches überliefert.



4 lesen

das milgram-experiment zeigt uns anschaulich, daß in vielen von uns vielleicht ein monster versteckt ist. mit monster meine ich jetzt nicht so jemanden wie die kreation von frankenstein, die ja „nicht weiß, was sie tut“. oder doch? kommt ein teil der faszination des monsters daher, daß ein jeder/eine jede sich nichtwissen als entschuldigung mitunter in die eigene lebensgeschichte hineinschreiben will? – „wir haben ja nichts gewußt?“

ist es gerade das nichtwissen, das frankensteins monster zum monster macht?

was geht in den versuchspersonen des milgram-experiments vor, die bereit sind, einen anderen menschen mit stromstößen zu quälen, wie gehen diese menschen „nachher“ mit dem wissen über ihr eigenes monster um – vieles kann man nachlesen. was man nicht nachlesen kann: wie würde ein „ich selbst“ sich verhalten.

5 darfs ein bißchen angst sein?

angst vor etwas, was nicht klar benannt werden kann? angst davor, sich lächerlich zu machen, die achtung einer sogenannten autoritätsperson zu

verlieren, von mehr oder weniger „wichtigen“ leuten nicht mehr geliebt zu werden? angst zu widersprechen, unangenehm aufzufallen? sind das ängste, die in jedem/jeder wohnen und die jeden/jede zum monster werden lassen können? hier ausgeklammert: die lust an der macht, die vielleicht spielerisch ihres zerstörerischen potentials beraubt werden kann/muß, um nicht ernsthaft zu zerstören(?).

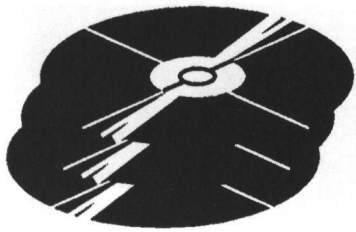
ich kann nicht schnell laufen. davonlaufen kann ich sicher niemandem. ich kann nicht fest zuschlagen. ich habe die sogenannte „weibliche schlaghemmung“ nicht überwunden. ich zucke heute noch zusammen, wenn jemand in gewissem gestus mir gegenüber seine hand hebt: etwas, was mir aus meiner kindheit heraus mitgegeben wurde. in meinen (angst)fantasien vor gewaltsamen auseinandersetzungen bin ich immer die verletzte, niedergeschlagene. es ist mir kaum möglich, mich als jemand zu fantasieren, die lustvoll gestärkt aus einer solchen auseinandersetzung hervorgeht, die „recht“, also „links“ behalten hat. ich habe also angst, daß mir jemand wehtut, angst vor körperlicher verletzung, notwendigen ärzten und ärztinnen undsoweiter – daß „so etwas“ passieren kann, ist grundsätzlich möglich und bekannt aus den fällen, in denen es passiert ist. trotzdem

ist „so etwas“ in unseren breiten, also in den reichen ländern der sogenannten „ersten welt“ vergleichsweise eher ausnahme als regel. lese ich berichte von menschen, die in anderen ländern leben, habe ich ein berechtigt schlechtes gewissen. meiner eigenen angst schäme ich mich dann. auch die angst, wohnung, job, krankenversicherung, pensionsberechtigung undsoweiter zu verlieren, bekommt ein anderes gesicht, wenn darauf von einem jungen mann aus einem lateinamerikanischen land geantwortet wird: „was willst du, in österreich wirst du wahrscheinlich nicht so bald verhungern ...“

trotzdem sind gerade solche ängste unsere realität. auch wenn sie uns oft ans „bravsein“, ans „funktionieren“ zu binden versuchen oder gerade deswegen, sollen sie nicht einfach weggeleugnet werden. ich muß an schüler und schülerinnen denken, die sich aus angst vor dem zeugnis umbringen. die wirkliche realität der angst erkennt nur der- oder diejenige, die diese angst hat – oder: die angst schaut von innen anders aus als von außen.

6 u-bahnstation nestroyplatz

ich habe diese situation schon so oft beschrieben, viele beschreibungen wieder verworfen. sicher ist: dem



FURTHER KIND - OPEN

Familienalbum 003

"Was passiert wenn ...

STING seine Balladen metaphert und dadaistisch funkt & punkt ...

HENRY ROLLINS Mittwochs und Freitags am Drummset transpiert ...

JOHN SCOFIELD den alten NEIL

YOUNG-Akkustizismus reinzieht, Ska im Tagebuchcharakter rockt'n rollt und dabei jazzcore-t ?"

TECHNO MIT STÖRUNGEN

Plag Dich nicht 002

Techno mit Störungen - ein Projekt von Jon Rose

Techno: Frank Schulte, Otomo Yoshihide & Christian Marclay

Störungen: Connie Bauer, Jon Rose, Phil Minton, Lauren Newton, Chris Cutler, Peter Cusack, Iva Bittova, Uli Gumpert, Rudi Widerhofer, Fred Frith, Sainkho, Nick Collins, Evan Parker, Marc Ribot, Peter Hollinger und Musica & Imagine

EXTENDED VERSIONS - MAXI

Familienalbum 004

Nach mehr als 2 Jahren endlich wieder eine Veröffentlichung von Heiland & Kurzmann (erneut!) als Duo. 3 Songs in 31 Minuten. Unterschiedliche Mixes von E.V., Christian Fennesz und Mathias Arfmann (Kastrierte Philosophen).

Groovy, unverkennbar minimal und absolut "Orgel Hit"-verdächtig!

EXTENDED VERSIONS - MAXI

Familienalbum 005 **Vinyl**

Die DJ-Ausgabe obiger CD.
Auf schwerem Vinyl und mit gratis
"Ursprungs"-4-Farb-Poster ...
für zu Hause.

DE GOEDEREN MUSIKVERLAGE

KONTAKT: Familienalbum / Plag Dich nicht
Neulerchenfelderstr. 11/5 A-1160 Wien
Tel. & Fax: 0222/ 40 30 728

bez.Anz.

wunsch, mich als heldin zu erzählen – und damit zu beweisen, daß das monster nicht in mir wohnt – steht zurückhaltung gegenüber: zurückhaltung vor diesem „heldentum-zur-schau-stellen“. ist es nicht so, daß der „wahre edelmut“ schweigt? ich weiß aber, daß ich keine heldin bin: als statt dem einen mann, gegen den ich die zwei „ausländischen“ frauen und den jungen „ausländischen“ mann verteidigen zu wollen/müssen glaubte, als statt diesem einen mann plötzlich zwei männer da waren, von denen einer mich am schal packte, hatte ich ganz normale angst. ich konnte aber nicht mehr wirklich zurück und flüchtete daher in allgemeinmenschlich-christliche argumente à la „wir sind doch alle menschen, die gott(!) geschaffen hat ...“

würde ich „es“ wieder tun? ich weiß nicht. die scene in ihrer ganzen vielschichtigkeit zu beschreiben, will mir nicht gelingen. vorwürfe an die umstehenden passanten und passantinnen wollen sich artikulieren, ich stelle aber in zweifel, ob ich ein wirkliches recht habe, anklagend hand oder zeigefinger zu heben.

wovon hängt es ab, ob ich mich entschlief, mich in dieser seltsamen u-bahnstations-situation an die seite der angegriffenen zu stellen? während ich das schreibe, fällt mir auf, daß in meiner bezeichnung der angegriffenen als „ausländerInnen“ möglicherweise schon meine eigene ausländerInnenfeindlichkeit ihr versteck gefunden hat. ich erinnere mich an eine ganz andere situation: es ging darum, daß eine bekannte mir schnell beschreibt, wie der mann aussieht, den sie gebeten hat, etwas bei uns abzuholen. dabei ging es darum, einer verwechslung, falls sie vorliegen sollte, schnell auf die schliche zu kommen. sie versucht es zuerst so: er ist groß, dunkelhaarig ... dann merkt sie, daß das zu lange dauert, und sagt, sich gleichzeitig entschuldigend: „er ist ein ausländer“. so wird sein „ausländersein“ zum hauptmerkmal – und das ist, wenn schon nicht ausländerInnenfeindlich, so doch nicht unproblematisch, und das weiß sie, und deswegen entschuldigt sie sich.

wovon also hängt es ab, ob ich mich auf die seite der angegriffenen stelle? davon, welchen brief ich in der

früh bekommen habe, ob ich müde von der arbeit nach hause fahre, wen ich vorher getroffen habe, ob ich hungrig bin oder nicht? sind das faktoren, die möglicherweise bestimmender wirken als mein sogeahntes linkes selbstverständnis?

oder ist es eine erfahrung als „opfer“ eines ähnlichen angriffs, die ich vor vielen jahren, als ich noch glaubte, völlig „normal“ daherzukommen, einmal gemacht habe. („sei froh, daß du jetzt lebst und nicht vor 30 jahren, denn DAMALS usw.“, beflagelte mich ein betrunken in der nächtlichen straßenbahn. ich war damals froh, daß sich einer der fahrgäste wenigstens wortlos an meine seite stellte.)

7

die nachbarin

ich kam in die u-bahnstation nestroy-platz von der nachbarin meiner tante, die es übernommen hatte, sich um meine tante zu kümmern. „wir wollen keine juden“, hatte der mann der nachbarin meiner tante gesagt. ich hatte zwar widersprochen, jedoch ohne daß es mir gelungen war, ihn eines besseren zu belehren. den nachbarn eines besseren belehren: das wäre mir wohl kaum gelungen, egal, wieviel rhetorische kraft ich entwickelt hätte. der „sinn“ einer solchen diskussion: solche leute sollen wenigstens merken, daß ihnen widersprochen wird?

ich kann mir sogeahnte „alltagsfaktoren“ als durchaus bestimmend dafür vorstellen, ob jemand in einer bestimmten situation sich einmischt oder nicht. das bedeutet auch, daß ein „normaler“ alltagswiderstand auch davon erstickt wird, daß menschen vierzig stunden arbeiten, zuwenig geld haben, im kopf die probleme des nächsten tages wälzen (müssen). zermürbende arbeits- und alltagssituationen tragen nicht dazu bei, daß menschen sich für ihre mitmenschen sonderlich interessieren.

8

ein-satz des körpers

vorbereitungstreffen zu einer kundgebung. unter lauter männern bin ich die einzige frau. die männer demonstrieren auf für mich beängsti-

gende und unangenehme weise „kumpelhaftigkeit“. allgemeines schulterklopfen und zuprosten. gemeinsame „wir kennen keine angst“ stimmung. ich fühle mich fremd. ich weiß zwar, daß ich unter sogenannte genossen bin und trotzdem habe ich das gefühl, daß keiner von denen begriffen hat, daß schulterklopfender kampfegeist nicht die einzige umgangsform ist. die männer kommen mir vor wie soldaten, die einander vor der schlacht die eigene unverletzbarkeit beteuern.

die stärke zu kämpfen fantasiert junge kräftige menschen. auf diesem weg schleicht die forderung nach einem starken körper, nach gesundheit und körperlicher ertüchtigung ... ein grund zum mißtrauischwerden?

immer wieder muß bewiesen werden, daß man nicht feig ist. angst ist nicht „salon“fähig. vielleicht hat sie platz in therapiezimmern von therapeutinnen und therapeuten. keinen platz hat sie - z. b. in politischen diskussionen. alles dorthin, wo es hingehört. alles/alle an seinen/ihren platz!

spricht hier (auch) die angst der (mit)täterInnenkinder, die sich davor fürchten, die feigheit der eltern in sich zu entdecken?

ist die demo AUCH ein ersatz für auseinandersetzungen im eigenen privaten raum? mit der tante, mit der nachbarin der tante?

also: wieder die frage nach der notwendigkeit eines versuchs, den sogenannten privaten raum AUCH politisch zu machen, im privaten raum stellung zu beziehen.

9 stellung beziehen

man muß nicht fragen, woher unsere sprache diesen militärischen jargon nimmt, der - z. b. hier - den akt des sprechens selbst umschreibt.

eine interessante frage, ob die körper der männer und die körper der frauen sich in der art, wie gewalt als botschaft eingeschrieben ist, unterscheiden. immer wieder wird das beispiel dieser oder jener frau gebracht, die „auch nicht besser“ ist. SO gehts

aber nicht, und um besser oder schlechter gehts SO auch nicht. wenn frauen durch den drill gedreht werden, der meist männern „vorbehalten“ und für männer vorgesehen ist, dann ... der sogenannte geschlechtsunterschied allein kann sogenanntes anders-sein nicht aufrechterhalten.

oder doch?

wenn es etwa so ist, daß jahrhundertealte „botschaften“ in den verschiedenen frauen- und männerkörpern versteckt sind? wenn es so ist, daß die eigene körperwahrnehmung, also auch die wahrnehmung solcher botschaften, sogenannte individualität MIT-heraus-bildet, MITbe-gründet?

es ist aber ein unterschied, ob der wunsch nach einem verwischen der wahrnehmung des geschlechtsunterschieds formuliert wird oder ob angst formuliert wird, damit wesentliches zu verlieren. wenn man von obst spricht, werden apfel und birne tendenziell „unsichtbar“. und außerdem gibt es noch pfirsiche, marillen usw., was gerade nicht heißen soll, daß ich mich unbedingt für die aufrechterhaltung der wichtigkeits des geschlechtsunterschieds als unterscheidungsmerkmal ausspreche: männlich oder weiblich, in den meisten fragebögen usw. in der ersten zeile zu finden.

10 was tun - nun?

wie schaffen es manche menschen - trotz allem, was ihnen widerfahren ist - so etwas wie persönliche integrität und stärke aufrechtzuerhalten?

11 beherzte angst

neue möglichkeiten politischen handelns finden, die den einsatz des körpers nicht heroisch besetzen. heroisieren bedeutet vielleicht AUCH, sich nicht wirklich darüber im klaren zu sein, daß der einsatz des körpers für diesen körper gefährlich sein kann - diese klarheit, die mehr ist als bloßes bescheid wissen, scheint mir aber notwendig, um eine balance zwischen beherztheit und angst halten zu können. kann sogenannte „revolutionäre“ kraft aus der schwäche kommen? aber was kann schwäche helfen, wenn man dann vielleicht davonlaufen muß, wenn man schweigen muß, wenn man stillsein oder wenn man mit-schreien, mitmachen MUSZ?

oder kann gerade die schwäche, die ihrer selbst bewußt ist, also nicht damit liebäugelt, „waffe“ zu werden, vielleicht doch andere strategien entwickeln, die nicht ins davonlaufen und/oder schweigen führen?

es kommt auf die politische situation an, wie folgenschwer für andere menschen das nicht-handeln aus angst ist, ob es als schwere verfehlung oder als läßliche sünde erscheint. ob uns fantasierte bilder von stärke vor schweren verfehlungen bewahren können, sei zumindest dahingestellt.

12 anmerkung

„... so wie wir uns wünschen, sind wir in dieser bürgerlichen gesellschaft nicht möglich ...“ (Nelli Pirelli und Jürgen Belgrad: Unsere Moral kann sich sehen lassen. Kursbuch 60, 1980) ■



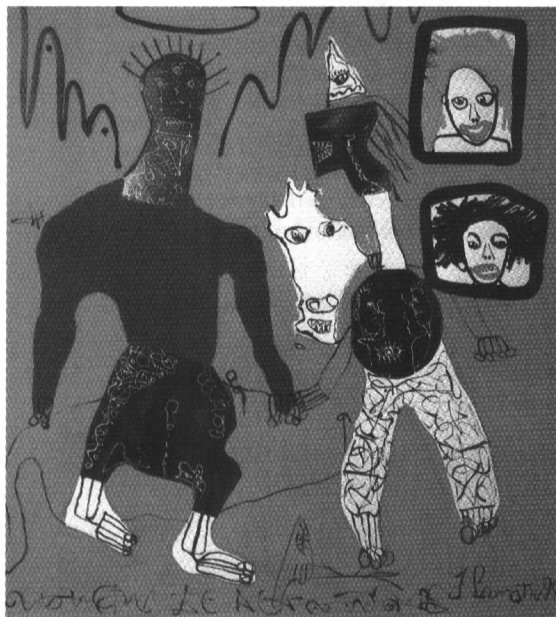
Sura Za Afrika – Die Gesichter Afrikas

Das eigenständige Potential Afrikas, die afrikanische Identität in ihren mannigfaltigen Formen und Ausprägungen versucht das Festival „Sura Za Afrika“ ausschnittsweise nahezubringen.

VON ALFRED PRANZL

Ein wesentliches Anliegen, da unser südlicher Nachbar-Erdteil wegen der Katastrophengeilheit der Medien allzu schnell als „verlorener Kontinent“ abgekanzelt wurde. „Die andere Reise. Afrika und die Diaspora“ nennt Kurator Simon Njami die bis 30. Juni in oben erwähntem Zusammenhang stattfindende Ausstellung in der Kunst.Halle.Krems. Der Titel impliziert die Zerschlagung des westzentrierten Blicks auf Afrika. Nicht dieses abstrakte geographische Gebilde, sondern den Menschen gelte es zu verste-

Frantz Lamothe



hen. Daher ist in den zeitgenössischen Exponaten der aus aller Welt kommenden KünstlerInnen afrikanischer Herkunft nicht spezifisch das Afrikanische zu suchen, geschweige denn zu finden. Die ausgestellten KünstlerInnen wollen sich dem ethnologischen Blick (der immer wieder Masken und traditionelles Kunsthandwerk mit Afrika assoziiert) entziehen. Sie sehen ihre Kunst als universell, losgelöst von afrikanischen Bedeutungen, und wollen daher nicht ethnographisch mißbraucht werden. Gewahren wir also, daß Kunstschaffen ein individueller Akt der Schöpfung ist und keineswegs ein von vornherein „rassisch“ oder national bestimmter. „So klingt Pygmäisch“ ist eine rassistische Festschreibung! Schränken wir also Menschen aus Afrika nicht auf ihr Bewegungs- oder Rhythmustalent ein, um ihre Herkunft zu untermauern. Vielmehr geht es um die Schärfung des Blicks auf die jeweilige Person, um ihre Persönlichkeit. Selbst wenn der Herkunftskontext Offensichtlichkeiten zu Tage fördert, sollten die Äußerungen und Kreationen von Menschen unter einem universellen Aspekt gesehen werden. Die rhythmische Botschaft von MusikerInnen aus Afrika versteht der Westeuropäer ebenso wie der Nordamerikaner. Ein Austausch von beispielsweise David Lindley/Henry Kaiser mit madagassischen Kollegen, der nicht auf ausbeuterischer Ebene abläuft, ist ein Glücksfall. Ebenso, daß einer der wichtigsten Vertreter der Musikszene Madagaskars endlich nach Österreich kam. Justin Vali, Meister der Valiha (Bambusharfe), begeisterte im Mai wie Kantè Manfila (gitarrendominierte Maninka-Musik aus Guinea/Male, verquickt mit Jazz, Blues und spanischem Einfluß) im Trio in der Minoritenkirche Krems/Stein. Gemeinsam mit Fracis Bebey (Kamerun), der auch als Schriftsteller erfolgreich ist, entsprachen die Wahlpariser dem Programmmotto „Masters Of African Music“ vollauf. Da in jedem

österreichischen Bundesland (Märkte, Tänze, Lesungen, ...) Afrika zu Gesicht zu bekommen ist, seien noch einige Highlights herausgegriffen:

Kultodrom Festival Mistelbach, 13.–16. Juni: Begegnung Ö–Afrika mit Tschuschenkapelle, Stella Chiwese (Simbabwe), Fußballmatches etc.

Afrika-Filmnächte: Wiener Rathausplatz, 15.–28. Juni.

WOMAD-Festival/Freudenau, 28. Juni, 15 Uhr: Papa Wemba (Zaire), Manu Dibango & Soul Makossa Gang (Kamerun), Remmy Ongala (Tansania), Abdelli (Algerien) und Hukwe Zawose & Wagogo Music & Dance Ensemble.

Master Musicians of Jajouka (Marokko): Szene Wien, 1. und 2. Juli.

„French Connection“ mit Livebands, DJs aus Paris und Wien: Volksgarten, 21. Juni.

Interkultureller Dialog: IWK, 25. Juni, 18 Uhr.

Workshop Politik (Julius Raab-Stiftung, Institut für Politikwissenschaft), 26./27. Juni: Afrikanische Intellektuelle entwerfen Leitbilder für's dritte Jahrtausend. Mit Dr. Bernard Lédéa Ouedraogo (Agronom, Burkina Faso), Prof. Dr. Kum'a Ndumbe III (Politikwissenschaftler Freie Uni Berlin, Kamerun) und Prof. Dr. Achille Mbembe (Historiker, Kamerun/Paris).

Workshop Wirtschaft: 21./22. Juni, Johannes Kepler Universität Linz.

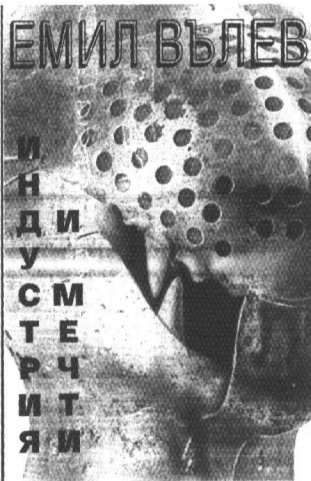
Workshop Menschenrechte: 24./25. Juni, Universität Graz.

Workshop Wissenschaftliche Forschung: 28./29. Juni, Uni Innsbruck.

Workshop Medien: 20.–22. Juni, Uni Salzburg/Ö. UNESCO Kommission.

Wiener Memorandum: 1.–5. Juli, Kreisky Forum, Parlament. Hochrangige afrikanische Intellektuelle (siehe Workshops) und VertreterInnen von Basisorganisationen werden einen Text ausarbeiten, der einerseits an die afrikanischen Eliten gerichtet sein soll, aber auch die Verantwortung Europas nicht ausnimmt.

Festivalinfo: (+43 1) 503 25 10
E-Mail: sura.za.afrika@magnet.at



EMIL VLEV

Industrie und Träumerei
DS Music

Hoffentlich ist der Titel richtig aus dem Bulgarischen übersetzt. Emil Vlev, einst Chef von Violetov General, erkundet auf vorliegender Kassette extreme Industrial-Soundscapes. Ein Mahlstrom zäher Electronics und Stimmverfremdungen wälzt sich nahe dem Stillstand durch imaginierte Industrieruinen. Was erschrockenere Gemüter in geschlossenen Räumen bedrohlich und furchterregend empfinden mögen, findet der Rezensent out of this world. Traumland Industrieareal. Leicht verkitscht. Seltsames, Befremdliches aus Sofia.

abgehört von
Alfred Pranzl



J.M.K.E.

14 Evergreen Russian Melodies
Kvresse Music/Cuacha!/SPV

Auch wenn die Unterdrückung durch die russischen Kolonisatoren immens groß war (Estland war wie die anderen baltischen Staaten in der Zwischenkriegszeit erstmals unabhängig – bis zum Hitler-Stalin-Pakt), möchte Villu Tamme, Leader von J.M.K.E., das russische Kulturerbe nicht missen. Doch sind Kunst & Politik nicht zu trennen: Die Band aus Tallinn covert neben Evergreens und Volksweisen („Kalinka“), Tschaikowsky und Filmscore-Ausschnitten die russische Nationalhymne bis 1917 („God Save The Czar“), Soldaten- und Revolutionsfolksongs („Warsawianka“ von Sventsitsky/Krzhizhanovksy – Polen 1898; „Legendary Sea Holy Baikal“ von Davydov – Rußland 1858). Essentieller Stoff, dargeboten in atemberaubendem Tempo. Vitaler Punkrock anno '95, der „für eine bessere Welt,

für heilige Freiheit und Unabhängigkeit“ („Warsawianka“) marschiert.

gehört von
Alfred Pranzl

EXTENDED VERSIONS

Maxi
Familienalbum, Tel.:
0222/40 30 728

Nach der Würdigung des Linkssozialisten Robert Wyatt und einer kreativen Pause artikulierten die Extended Versions ihre Opposition gegen Faschisierung, indem sie „Angst macht krank“, ein Text von Axel Corti, vertonten. Geht nun der Wille zur Message verloren, wenn sich Heiland & Kurzmann erstmals eines Love-songs im Gewande eines Easy Listening-Tracks („Orgel Hit“) bedienen? Den schleimigen Inhalt will mensch genausowenig glauben wie viele PolitikerInnenstatements. Zynisch, resignativ? Das Leben geht weiter, also hält auch auf „Friends“ (die trotz konträrer Ansichten Freunde sein können), dem schon in der Urversion technoide Beimengungen zukommen, New Electronic Music Einzug. Nach einem groovy Remix von Matthias Arfmann (Kastrierte Philosophen) folgt der Clou.



Christian Fennesz (Ex-Maische, jetzt solo beim Ambient-Label Mego) dekonstruiert die Bestandteile und formt daraus radikalere Elektroniksounds. In der hypnotischen Neuauflage von „In This Town 96“ wird die Frage aufgeworfen, ob angesichts des politischen Wahnsinns um uns herum es genug sei, sich mittels Protestsongs, die ein schönes Leben ermöglichen, zu artikulieren. Antwort: Engagierte Menschen haben mehr als andere das Recht auf Hedonismus. Um die bescheidene Trefferquote – die Anlaß zur Sinnhinterfragung gab – zu erhöhen, sollte dem Rat Christof Kurzmanns nachgekommen werden: „Nehmt dieses Lied als Waffe mit nach Hause.“

belauscht von Alfred Pranzl

WUK

9., Währingerstr. 59, ☎: 401 21-0

„Images Jovenes“

Junge FotokünstlerInnen aus Spanien präsentieren ihre Werke, Fotogalerie, 6.–29. Juni

„Willkommen Bienvenue Welcome“

Gemeinschaftsprojekt mit jungen KünstlerInnen
Kunsthalle Exnergasse
13. Juni – 13. Juli

Die üblichen Verdächtigen (A)

Mi 12.6. 20 Uhr

Die Ärzte (D)

So 16. 6. 20 Uhr

progress in work – neuer tanz 96

Mi 19. bis Sa 29. Juni,
jeweils 20 Uhr

Sura Za Afrika

Aids und Gesundheitspolitik in Tanzania
Mo 24. 6. 21 Uhr

Frauen in der Filmproduktion Afrikas

Do 27.6. 21 Uhr

Matinee mit Kumà Ndumbe III

So 30.6. 10 Uhr

■ DRAHTZIEHER IM BRAUNEN ■ NETZ.

Ein Handbuch des antifaschistischen Autorenkollektivs.

Konkret Literatur Verlag,
Hamburg 1996, ca. öS 250,-

Erinnert sich noch jemand an Safwan Eid? Der libanesische Bewohner des Lübecker AsylwerberInnenheims wurde Tage nach dem Anschlag, bei dem letztes Jahr zehn Menschen starben, als mutmaßlicher Brandstifter verhaftet. Da waren die drei in der Nähe des Geschehens aufgegriffenen Skinheads schon längst wieder auf freiem Fuß. Ihre angesengten Haare und Augenbrauen hielt die Staatsanwaltschaft zunächst mühsam geheim, um sie später mit dem Anzünden geklauter Autos zu erklären. Von Ermittlungen gegen sie wurde bis heute nichts bekannt. Eid hingegen sitzt noch immer. Dies obwohl ein Gutachten eines Brandsachverständigen die offizielle Version, der Brand sei im ersten Stock des Hauses ausgebrochen, habe also nur von einem Bewohner gelegt werden können, als völlig unhaltbar entlarvt. Ein offensichtlich rassistischer Anschlag auf AusländerInnen wird durch ebenso rassistische Ermittlungen der Behörden des Staates im Sinne seiner eigenen Flüchtlingspolitik vertuscht – und damit legitimiert. Wie einst in Rostock.

Erinnert sich noch jemand an Raimund Friedl? Der Welser wurde von zwei bereits vor Monaten verhafteten Brüdern erschossen. Über die Ermittlungsergebnisse, insbesondere das Motiv für den „Unfall“, schweigt die Staatsanwaltschaft beharrlich. Der Verdacht, daß der Musiker Opfer einer Verwechslung mit dem Journalisten Wolfgang Purtscheller wurde, besteht somit nach wie vor.

Friedl widmet das antifaschistische Autorenkollektiv seinen „aktuellen Überblick über den Neonazi-Untergrund in

Deutschland und Österreich“: von Nationalistischer Front, Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front, VAPO und NSDAP/AO über Wiking-Jugend und Junge Nationaldemokraten bis zu Nationalen Infotelefonen und Thule-Netz. Das Handbuch faßt die Aktivitäten der zahlreichen Nazi-Gruppen zusammen, nennt die Akteure, beschreibt die Querverbindungen und ideologischen Bezüge.

Die AutorInnen verzichten weitgehend auf tiefergehende inhaltliche Analysen. Trotzdem ergeben sich aus dem oder gerade aufgrund des akribisch zusammengetragenen empirischen Materials wichtige Zusammenhänge, die für ein Verständnis des trotz einiger Verbote ungehindert weiter agierenden Neonazi-Untergrunds unentbehrlich sind: die untrennbare Verzahnung der deutschen mit der österreichischen Neonaziszene, der ständige Bezug auf die Tradition der auch vom F-Führer hofierten Waffen-SS, die wichtige Rolle, welche die alten „Herren“ (und erstaunlicherweise auch „Damen“) spielen, die im Hintergrund die Fäden ziehen – zumeist ehemalige SS-ler oder BDMlerinnen.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Zu den europäischen Drahtziehern der neonazistischen Internationale gehört das steirische Paar Lisbeth Grolitsch (einst jüngste Gau-Unterführerin im BDM) und Herbert Schweiger (SS-Leibstandarte Adolf Hitler). Die beiden stehen dem Deutschen Kulturwerk europäischen Geistes und dem mit diesem eng verbundenen Freundeskreis Ulrich von Hutten vor. Schweiger sitzt seit zwei Monaten in Untersuchungshaft. Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes hatte ihn angezeigt, in seinem jüngsten Buch das Parteiprogramm der NSDAP von 1923 fortgeschrieben zu haben – „zum Teil sogar wörtlich“ (Der

Standard, 27.3.96). Grolitsch leitete im September letzten Jahres ein Strategietreffen alter und neuer Nazis in Sachsen, auf welchem nach Berichten eines sich eingeschlichenen Journalisten Fragen wie folgende debattiert wurden: „Waren die Briefbomben richtig, sollen sie fortgesetzt werden, gegen welche Personen sollen sich künftig Anschläge und Terror richten?“ (Der Rechte Rand 39/96).

Das Anfertigen von Netzen gilt gemeinhin als eine Spezialität der „Freiheitlichen“. Wollte man oder frau den Inhalt des gegenständlichen Handbuchs grafisch darstellen, reichte eine A4-Seite bei weitem nicht aus. Ausgebreitet füllte die Grafik zumindest den Wiener Rathausplatz. Ein Problem solcher Netze ist das folgende: Beginnend an irgendeiner Stelle, sagen wir Neonazi X, ist es praktisch immer möglich, einen Pfad durch das Labyrinth an jede beliebige andere Stelle, sagen wir Neonazi Y, zu finden. Doch ob es sich hierbei um eine für die neonazistische Verflechtung bedeutende Verbindung handelt oder ob lediglich X einen Neonazi A kennt, der auf irgendwelchen „volkstreuenden Tagen“ auf den Neonazi B gestoßen ist, der wiederum zufällig Kontakt mit Y hatte, ist nur schwer nachzuvollziehen. Ein Weg, dies herauszufinden, ist die inhaltliche Analyse. Einen anderen beschreibt dieses Handbuch: das Netz so zu verdichten, daß die wesentlichen Verbindungen deutlich werden. Der oder die MathematikerIn würde sagen: Hängen X und Y nicht nur einfach, sondern vielfach zusammen, werden jene Zusammenhänge klar, die oben angedeutet wurden.

Trotz mancher kleinerer Fehler, das Buch „Drahtzieher im braunen Netz“ sei zum Lesen empfohlen: all jenen, deren Magen stark genug ist – und den BeamtInnen der Briefbomben-Sonderkommission. ■

Impressum

Medieninhaberin: Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit; Schottengasse 3A/1/59, 1010 Wien, Tel. ++43-1-535 11 06, Fax: ++43-1-532 74 16, E-Mail: ZOOM@thing.or.at. Redaktion: Günther Castanetti, diE nOt, Gerold Ecker, Manfred Gmeiner, Julia Hošek, Elfi Hufnagl, Markus Kemmerling, Ilse Kilic, Alexander Lehar, Alfred Pranzl, Andreas Rieder und Peter Steyrer.

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Markus Binder, Sepp Brugger, Riccardo Dello Sbarba, Lajos Glücksthal, Thomas Iacopino, Clemente Padin, Rosemarie Pexa und Dorothee Piermont.

Lay Out: Anita Frühwirth, Andreas Rieder, Gerald Waibel.

Titelfoto: Floris Neusüss

Hersteller: Resch & Vana,

Erscheinungsweise: 8 x jährlich, Einzelpreis: 30,-;

Abo: 250,-/Jahr;

Ausland: 350,-/Jahr (50,- DM; 45,- SFr), bitte bar zusenden.

Förderabo: 700,-

Mitgliedschaft Arge Wehrdienstverweigerung: 500,-/Jahr; ermäßigt (für Nicht- und GeringverdienerInnen nach eigener Einschätzung): 350,-

Konto: 10010 670 573 bei

BAWAG, BLZ 14000.

Offenlegung

Medieninhaberin: 100% Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit, Schottengasse 3A/59, 1010 Wien, Vorstand: Walter Schnöll, Markus Kemmerling, Harald Schlegel, Stefan Ebelsberger, Birgit Hebein und Paul Friedrich.

Grundlegende Richtung: Schwerpunkte der ZOOM sind Europa- und Sicherheitspolitik, internationale Entwicklungen, Herrschafts- und Gewaltkritik und Kultur im politischen Kontext. ZOOM soll Lust erzeugen, die Verhältnisse zu verändern und sich herrschenden Tendenzen entgegenzustellen.

Die ZOOM ist Mitglied der VAZ – Vereinigung alternativer Zeitungen und Zeitschriften.

Flugblätter etc. werden als Dokumente aufgenommen und sind Bestandteil der ZOOM. Soweit diese Impressi tragen, haben sie keine Gültigkeit, es gilt lediglich das Impressum der ZOOM.

■ **RUDI ANSCHÖBER/RUDI LEO:**
■ **DIE PRÜGELKNABEN**
■ **DER NATION.**

Verlag va bene, Wien 1995, 215 S.

„Die Prügelknaben der Nation“ – die Doppeldeutigkeit des Buchtitels ist beabsichtigt. Die Grundaussage der Autoren lautet: Übergriffe der Polizei sind in Österreich keine Einzelfälle. Gleichzeitig sind aber auch die Polizisten selbst, innerhalb dieser Strukturen, der Ausbildung, der schlechten Bezahlung, der teilweise desolaten Einrichtung und dem Druck von oben, Prügelknaben.

Der Band enthält eine Schwachstellenanalyse der Institution und einen Reformvorschlag der Grünpolitiker Rudi Anschöber und Rudi Leo, zwei Erfahrungsberichte von Sicherheitswachebeamten und eine Reihe von Fallbeispielen für Polizeiübergriffe.

Die Polizei verweigerte jede Diskussion des Buches. Sowohl bei seiner Vorstellung als auch „Im Gespräch“ von Peter Huemer blieben die eingeladenen Polizeivertreter letztlich fern. Der Untertitel des Buches wurde als Problem angesehen: „Chronik

einer Schande“ bringe die doppelte Bedeutung des Titels in ein eindeutig polizeifeindliches Fahrwasser, kritisierte ein zuhörender Polizist bei der Buchpräsentation. Die Polizei (wie auch das Bundesheer) verweigert gerne die Diskussion.

gelesen von Peter Steyrer

■ **BEAT LEUTHARDT:**
■ **LEBEN ONLINE**

Von der Chipkarte bis zum Euro-pol-Netz: Der Mensch unter ständigem Verdacht.

rororo-Taschenbuch, Reinbeck 1996, 224 S., öS 110,-
Zu bestellen auch bei: Pressebüro EuroGrenzen, Postfach 2260, D-79557 Weil/Rhein, DM 17,- incl. Porto.

In den buntesten Farben wird uns die Zukunft der Computervelt geschildert. Wir brauchen kein Kleingeld mehr herumtragen, keine Automaten mehr, vor denen wir zu Bettlern werden. Mit der elektronischen Geldbörse (Chipkarte) können wir überall bezahlen. (Die Bettler existieren nicht mehr in dieser Welt, obwohl sie immer zahlreicher werden.) Auf der

Versicherungskarte kann der Arzt die gesamte Krankengeschichte lesen und so die richtige Behandlung wählen. Zur Arbeit müssen wir das Haus nicht mehr verlassen. Wir logen uns in den Zentralrechner unseres Arbeitgebers ein. Und wenn die Techniker ins Schwärmen kommen, dann untersuchen Ärzte ihre PatientInnen online per PC-Videokonferenz.

Verschwiegen werden dabei nicht nur die zahlreichen Panen und die oft noch vorhandene technische Unzulänglichkeit. Nicht gesprochen wird auch über die Datenansammlung, die damit verbunden ist. Möglich werden Persönlichkeitsprofile, Bewegungsprofile und die unbemerkte Überwachung. Daß es sich hierbei nicht nur um Ängste von an Verfolgungswahn leidenden ZeitgenossInnen handelt, belegen zahlreiche Beispiele. Flüchtlinge sollen per elektronischem Ausweis und in einer gesamteuropäischen Datei der Fingerabdrücke permanent überwacht werden können. Die zur Sicherheit vor Ladendiebstählen installierten Kameras überwachen auch Ange-

stellte und kontrollieren deren Effizienz.

Über die polizeiliche Rasterfahndung schließlich können alle an den verschiedensten Orten gesammelten Daten nach den absurdesten Verdachtsbildern durchsucht werden: „Gesucht werden alle Personen zwischen 20 und 40 Jahren, die in der Umgebung von Hamburg in einer Hochhaussiedlung wohnen, mit Tiefgaragenplatz, nahe einer Autobahnzufahrt, und die ihre Miete sowie Stromkosten bar bezahlen.“ All diese Personen könnten Terroristen sein.

Das sind nur ein paar Beispiele, von denen Beat Leuthardt in seinem neuen Buch zahlreiche versammelt. Der Autor zeigt nicht nur, wie groß der Bereich der Computer-Überwachung bereits geworden ist, sondern auch mit welchen Versprechungen und Traumbildern die Menschen an die Selbstverständlichkeit der Datensammlung gewöhnt werden sollen. Das Vertrauen, daß diese Daten in den Händen von Multis, Verwaltung und Polizei in guten Händen sind, kann durch nichts begründet werden.

gelesen von Manfred Gmeiner

KONZERTE

- 4. 6. 24-7 Spyz
- 5. 6. Fetish 69
Pitch Shifter
- 6. 6. Exploited
- 19. 6. Jesus Lizard
- 22. 6. Barkmarket
- 24. 6. Levellers
- 26. 6. Pro Pain

OPEN AIRS

- 14. 6. Selig
- 15. 6. Die Ärzte
- 23. 6. Cypress Hill
- 25. 6. Drahdwaberl
- 8. 7. Beck
Tocotronic
Planet E
- 12. 7. Galliano
- 14. 7. Hans Söllner
- 17. 7. Massive Attack
- 18. 7. Lou Reed
- 19. 7. Iggy Pop

ARENABALL

8. JUNI 21:30 Ein Sommernachtstraum

FROM DUSK TILL DAWN

9. JUNI 21:00 Filmpremiere (R: Roberto Rodriguez)
OPEN AIR KINO ERÖFFNUNG

MESSAGE TO LOVE

11. JUNI 21:00 Isle of Wright (Jimi Hendrix, Jim Morrison)
OPEN AIR KINO

ZWANZIG

29. JUNI 17:00 "Arena Suite" (Avantgardekonzert-K.W. Krbavac)
Splinters of the Universe
Mega Pop Event mit dem Iceberg-Team
EINTRITT FREI

TÄGLICH

DI-SO 17:00-2:00 Ausstellung "2% Millennium"
Heuriger, Objekt und Lichtinstallationen
im Hof, DJ's, Fußball-EM
EINTRITT FREI

Tel 7-98 85 95

A-1034 Wien Baumgasse 80

Mogelpackung Schengen

Österreich hat am 28. Mai 1995 in Brüssel die sogenannten Schengenverträge unterzeichnet. Die österreichische Regierung rechnet für Ende 1997 mit dem Schengenstart. Voraussetzung für die Anwendung des Übereinkommens sind allerdings noch strengere Außengrenzkontrollen.

VON SEPP BRUGGER

Keine parlamentarische Genehmigung

Rechtlich gesehen hat die österreichische Regierung mit Unterzeichnung der Schengener Übereinkommen einen Staatsvertrag mit den anderen Mitgliedsländern abgeschlossen. Da diese Übereinkommen einen gesetzesändernden Inhalt haben – so wird etwa das Grenzkontrollgesetz angepaßt (siehe unten) –, bedürfen sie laut der österreichischen Verfassung der parlamentarischen Genehmigung.

Bereits heute werden jedoch verwaltungstechnische, aber auch legitime Vorleistungen zur Erfüllung dieses Staatsvertrages gemacht. So lautet zum Beispiel die Begründung der Regierungsvorlage für ein Grenzkontrollgesetz, daß durch den Bei-

tritt zum Schengener Vertragswerk „Österreich die Verpflichtung übernommen hat, die darin festgelegten Grundsätze (...) innerstaatlich umzusetzen. (...) Mehraufwendungen in personeller Hinsicht sowie im Bereich des Sachaufwandes werden nicht durch den vorliegenden Entwurf verursacht, sondern durch die völkerrechtliche Verpflichtung Österreichs zur Umsetzung des Schengener Vertragswerkes“.

Aber auch im beabsichtigten Fremdenrechtsänderungsgesetz werden einige Bestimmungen mit der Notwendigkeit der Umsetzung des Schengener Vertrages begründet. Damit sollen Teile eines Staatsvertrages umgesetzt werden, obwohl dieser vom Nationalrat noch nicht beschlossen wurde.

Parallelaktion

Von der Bundesregierung wird der Schengenbeitritt damit begründet, daß die Beratungen im Rahmen der dritten Säule zur Umsetzung des freien Verkehrs von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital sehr mühevoll seien und das Schengener Vertragswerk diese Regelungen vorwegnehme. Österreich als Fremdenverkehrsland habe ein großes Interesse, den Reiseverkehr zu erleichtern. Dazu muß jedoch angemerkt werden, daß trotz des Inkrafttretens des Schengener Durchführungsübereinkommens es noch immer keinen freien Grenzverkehr zwischen Holland und Frankreich oder zwischen Spanien und Frankreich gibt. Außerdem wird es zwischen Italien und seinen Nachbarländern auch in Zukunft keinen freien Verkehr geben, da Italien nicht bereit ist, die strengen Anforderungen betreffend die Kontrolle an den Außengrenzen zu erfüllen. Dies bedeutet, daß auch nach Inkrafttreten der Schengenbestimmungen in Österreich (frühestens Ende 1997) allenfalls der

Grenzverkehr mit Deutschland erleichtert wird, wenn von den deutschen Behörden – wie in der Vergangenheit öfters geschehen – nicht der Einwand gemacht wird, daß Österreichs Außengrenzen zu „undicht“ seien. Man muß sich also ernsthaft die Frage stellen, ob sich ein Beitritt zu einem Vertrag lohnt, wenn damit zwar der Grenzübergang zu Deutschland erleichtert wird, aber gleichzeitig entsprechend den Vertragsbestimmungen an der restlichen Grenze – das sind nahezu drei Viertel – erheblich erschwert wird. Dabei ist zu bedenken, daß durch die strengen Kontrollen an den Außengrenzen im Süden und Osten Österreichs ein zunehmender wirtschaftlicher Aufschwung in den Grenzregionen massiv behindert wird.

Es erscheint geradezu widersinnig, die Grenze durch das Schengener Vertragswerk zwar nicht mittels eisernen Vorhangs, aber mit Hilfe strenger Kontrollen neuerlich abzuschotten.

Schengen ≠ Reisefreiheit

Da das Schengener Vertragswerk keiner Kontrolle unterworfen ist – weder durch den Europäischen Gerichtshof noch durch das Europäische Parlament – und auch der Nationalrat bis heute nicht darüber informiert wurde, besteht der begründete Verdacht, daß vor allem deswegen das Schengener Vertragswerk forciert wird. So ist es möglich, daß der österreichischen Bevölkerung auch weiterhin vorgegaukelt wird, daß mit der Umsetzung von „Schengen“ der freie Grenzverkehr verwirklicht wird, ohne der Bevölkerung zu erklären, daß dies im besten Fall nur für einen Teil der österreichischen Grenze, nämlich für den Grenzverkehr mit Deutschland, zutrifft, während sonst weiter am neuen „eisernen Vorhang“ gearbeitet wird. ■



Kchlstandsmayer

■ ZUFÄLLIGER TOD EINES JOURNALISTEN

Xavier Bernard Gautier, Balkankorrespondent des französischen „Le Figaro“ und Autor mehrerer Bücher über den dortigen Krieg, wurde Ende Mai in seinem Haus auf der Baleareninsel Menorca tot aufgefunden. Gautier war von seiner Zeitung vorübergehend freigestellt. Er arbeitete an einem Buch über illegalen Waffenschmuggel, insbesondere von Österreich nach Bosnien-Herzegowina, sowie über Organhandel zwischen dem Kriegsgebiet und Italien. Auf den Wänden von Gautiers Haus standen Haßparolen: „Verräter, Teufel, Rote“. Seine Hände waren vor dem Körper gefesselt, für die Polizei ein untrügliches Zeichen für einen vorgetäuschten Mord. Sie geht von Selbstmord aus.

mk, Quelle: apa, Der Standard

■ IRANIAN CONNECTION

In Washington ist wieder einmal ein politischer Skandal geplatzt. US-Präsident Bill Clinton, sein Nationaler Sicherheitsberater Anthony Lake und der stellvertretende Außenminister Strobe Talbott haben iranische Waffenlieferungen an die moslemische Regierung via Kroatien toleriert und damit offensichtlich einen Bruch des UNO-Waffenembargos stillschweigend sanktioniert. Nicht einmal die CIA war darüber informiert, sodaß der damalige CIA-Chef James Woolsey mit seinen Berichten an das Weiße Haus über eine verdeckte Operation mit einer rein formalen Untersuchung durch Sicherheitsberater Lake abgeblockt wurde. Ein Plan des Jugoslawienbeauftragten Holbrookes, die iranischen Waffenlieferungen durch solche aus Türkei, Ägypten und Saudi-Arabien zu ersetzen, scheiterte an der Angst von Lake und Außenminister Warren Christopher, dadurch die Europäer gegen sich aufzubringen. Die US-amerika-

nischen Medien bezweifeln bereits, ob die nationalen Sicherheitsbürokratien unter dieser Regierung noch ihren Zweck erfüllen können. Hinzu kommen die Prozesse gegen die Attentäter des Bombenanschlags auf das World Trade Center, die alle aus den Reihen des afghanischen Widerstandes kommen – allerdings aus vollkommen verschiedenen islamischen Staaten. Die USA haben im Zusammenhang mit dem Abkommen von Dayton aus Angst vor Anschlägen auf die US-Bodentruppen von der bosnischen Regierung verlangt, alle Afghanistanveteranen auszuweisen. Diese etwa dreitausend Mudschaheddin, die aus dem afghanischen Jihad kommen, sind militant anti-amerikanisch – viele schon seit der Zeit des Krieges gegen die Sowjetunion. Damals erfuhren sie einerseits militärische und logistische Aufrüstung durch die CIA, andererseits finanzielle und ideologische Verstärkung durch Saudi-Arabien und den Iran. Dazu kamen Absolventen der Al-Azhar-Universität in Kairo, einer Hochburg der Moslembruderschaft. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zogen sich aber die USA, Saudi-Arabien und Ägypten zurück. Übrig blieb ein informelles Netzwerk der Afghanistanveteranen in Peshawar, welches Untergrundzellen quer durch die moslemische Welt verbindet und von wo aus angeblich die letzten Attentate gegen die saudiarabische, die ägyptische und die amerikanische Regierungen initiiert worden sind. So ist

es kein Wunder, daß die US-Medien voll Sorge über den iranischen Einfluß auf die bosnische Regierung und die heimliche Präsenz von Mudschaheddins reagiert. Daß in Westbosnien, wo die Einheiten der Afghanistانبeteranen eingesetzt wurden, bei Mrkonjic Grad Massengräber von bosnischen SerbInnen gefunden wurden, rundet das Bild von einer völligen Verwirrung der internationalen politischen Lage und der Verteilung von Gut und Böse nur noch ab. lg

■ TEURER RAT

Am Mittwoch, den 24. April 1996, durchsuchten fünf PolizistInnen, darunter ein Beamter des Landeskriminalamtes, die Wohnungen von Detlev Beutner und Rainer Scheer, Mitarbeiter der deutschen „Totalverweigerer-Initiative Braunschweig“, wegen Verdachts des Verstoßes gegen das „Rechtsberatungsgesetz“. Beutner und Scheer, selbst Totalverweigerer, verteidigen zur Zeit – mit Zulasung durch die entsprechenden Gerichte – zwei andere Totalverweigerer. Bei der Aktion wurden auch die Verteidigerak-

ten für die laufenden Verfahren beschlagnahmt.

Nach dem Rechtsberatungsgesetz, 1935 zur Eliminierung der Juden und Jüdinnen aus der Rechtsberatung eingeführt, ist die „geschäftsmäßige“ Rechtsberatung ohne die generelle Erlaubnis hierzu verboten und kann mit Geldstrafen bis zu DM 10.000.– belegt werden. In einem aktuellen Kommentar zum Rechtsberatungsgesetz wird ausgeführt, daß das Gesetz, nach Streichung der Passagen über Jüdinnen und Juden, nicht mehr als „außerordentlich nationalsozialistisch“ bezeichnet werden könne.

Einem etwaigen Prozeß sieht die Initiative mit Interesse entgegen, könnte dort doch umfassend beleuchtet werden, wie der Staat zuerst diejenigen verfolgt, die sich dem Zwang zum direkten oder indirekten Kriegsdienst verweigern, um anschließend jene zu kriminalisieren, die den ersteren rechtlichen Beistand leisten.

Kontakt:

Totalverweigerer-Initiative BS
c/o Detlev Beutner
Friedrich-Wilhelm-Str. 46
D-38100 Braunschweig
Tel./Fax: ++49/531/44578

Volksstimme

Linke Wochenzeitung

Ich bestelle

☐	4 Nummern gratis zum Kennenlernen	öS	0,-
☐	Abonnement mit jährlicher Zahlung/ Inland	öS	400,-
☐	Abonnement mit jährlicher Zahlung/ Ausland	öS	700,-
☐	Solidaritätsabo	öS	2.000,-

Name

Adresse, PLZ, Ort

Telefon

Unterschrift

Das Abo verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird, um ein weiteres Jahr.

Kupon ausschneiden und an: Volksstimme, Kaiserstraße 67/1/DG, 1070 Wien schicken

bez.Anz.

■ WAHRNEHMUNGSPROBLEME

Die Wahrnehmung ist eine komplizierte Sache, die Erkenntnis gleich noch komplizierter. Bevor im „Truppendienst“ die LeserInnen daher mit Erkenntnistheorie überfordert werden, beschränkt sich der Autor lieber auf die „Wahrnehmung von psychisch relevanten Tatsachen“, da dabei die größten Behinderungen auftreten. Diese aber sind leicht zu erklären, da die pathologischen Extreme vom Standpunkt des Normalen aus sofort erkannt werden können. Den Mitgliedern der Arge für Wehrdienstverweigerung muß leider gesagt werden, daß sie, zumindest wenn sie die Forderung nach Bundesheerabschaffung noch mittragen, auf der Seite der pathologischen Pazifisten stehen. Diese Pazifisten, die im Falle der Wehrdienstverweigerung mit hohen Gefängnisstrafen belegt werden, leiden laut Truppendienst daran, „daß sie die Welt als strukturell gewaltfrei wahr-

nehmen“. Dieses Wahrnehmungsdefizit ist natürlich nicht nur krank, sondern auch gefährlich. Wie ein Mensch, der Angst vor Hunden hat, bei Hunden eine aggressive Reaktion hervorruft, so begünstigen auch die Pazifisten den Ausbruch von Gewalt. Der Gewalttäter kann da vielleicht genauso wenig dafür wie der Hund. Aber wir können uns trösten, auch der Pazifist kann nichts für seine pathologische Aggressionsverdrängung, die bereits vor seinem zweiten Lebensjahr durch Angstzustände entstand. Interessant ist, daß dieselben Angstzustände auch zu pathologischer Aggression führen können und damit das Persönlichkeitsbild des Militaristen begründen. Dieser ist ein Mensch, der ohne Feind nicht auskommt, auch dann nicht wenn es gar keine kriegsbedingten Feinde gibt. Ein Glück, daß das Österreichische Bundesheer die Synthese dieser beiden Standpunkte auf „der höheren geistigen Ebene“ geschafft hat und innerhalb sei-

nes vierzigjährigen Bestehens mit Hilfe der „optimalen Wahrnehmung“ den jeweils richtigen Feind gefunden hat. Denn ohne Feind kommt auch das Bundesheer nicht aus. mg

■ RADIKALENERLASS

Vor einem Jahr hetzten FPÖ und die Hardcorefraktion innerhalb der ÖVP massiv gegen zahlreiche Institutionen, die MitarbeiterInnen im Rahmen der Aktion 8000 beschäftigten. Erfolgreich: Seit kurzem müssen alle Organisationen, die um eine Förderung ansuchen, folgende Erklärung unterschreiben: „Der Beihilfenwerber verpflichtet sich, daß keine politischen Zielsetzungen verfolgt oder Tätigkeiten durchgeführt werden, die auf eine Veränderung der Rechtsordnung und/oder der öffentlichen Institutionen ausgerichtet sind.“ Umweltschutz-, Menschenrechts-, und Flüchtlingsorganisationen, Kindergruppen und Behinderteneinrichtungen, die sich für ihre Klientel auch politisch einsetzen – sie alle sollen die Obrigkeit in Hinkunft nicht mehr stören.

Da es allerorten widerspruchlos hingenommen wird, daß ein sozialdemokratischer Sozialminister das Geschäft der Freiheitlichen erledigt, muß auf einen 20 Jahre alten Kommentar des Russel-Tribunals zu den Berufsverboten in der damaligen BRD zurückgegriffen werden: „Die Gewöhnung an die Alltäglichkeit der Berufsverbote als einen realen Konstitutionsmerkmal der Republik bezeichnet einen Aspekt der Gefahr des schleichenden Verfassungswandels.“ Auf in die Dritte Republik! mk

■ „RASSENREINHEIT“ IN KREMS

Vom 8.7 bis 14.7.1996 findet in Krems/Donau das Bundesturnfest des Österreichischen Turnbundes (ÖTB) statt. Der ÖTB wird vom Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands (DÖW) als „dank

ihrer Mitgliederzahl, ihrer organisatorischen Verankerung in ganz Österreich und ihres Ansehens mit Abstand wichtigste Organisation des Deutschnationalismus und Rechtsextremismus“ eingestuft.

Schon 1986 fanden in Krems die Bundesturntage des ÖTB statt. Neben überzeugten RechtsextremistInnen und DeutschnationalistInnen mischte sich die VAPO-Führung von Küssel bis Schimanek unter die marschierenden TurnerInnen. Mit dabei: Flaggen mit der Aufschrift „Rassenreinheit“.

Unsere Lust am Leben gegen ihre „Rassenreinheit“! Unter diesem Motto soll auf politischer und kultureller Ebene gegen die Bundesturntage mobilisiert werden. Deshalb sind alle interessierten Gruppen und Einzelpersonen aufgerufen, sich an der Gegenaktion zu beteiligen.

Kontakt:

Aktionsbündnis gegen den ÖTB
c/o GAJ, Lindeng. 40, 1070
Wien; Tel.: (0222)521 25 242
(Di, Do von 16–18 Uhr)

■ DIE BLAUEN REITER

F sei dank konnte im Frühjahr 1995 in der „Neuen Freien Zeitung“ auch „das linke Netz in Oberösterreich“ enttarnt werden. Insbesondere die Kulturplattform (KUPF) und der Kulturverein Kanal (Schwertberg) sowie Franz Primetzhofer (Gründer von KUPF und Kanal) wurden in ein terroristisches, bombenlegerisches Umfeld gerückt und kriminalisiert. Die Taktik der F ging diesmal nicht ganz auf: aufs Geratewohl einmal kriminalisieren und anschwärzen, auch wenn sich das Ganze später als Projektion ins Blaue herausstellt. Franz Primetzhofer ging vor Gericht und trat den Wahrheitsbeweis an. Das Oberlandesgericht Linz verurteilte daraufhin die FPÖ-Zeitung zur Zahlung von 40.000,- Schilling wegen übler Nachrede. Die billige Kriminalisierungstaktik kam der F diesmal teuer zu stehen. eh



resch & vana

druck & grafik gesbr

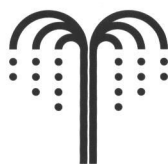
Lichtgasse 10, 1150 Wien
Tel.: 0222 / 893 23 58



Heimat



Schutz



Jugend



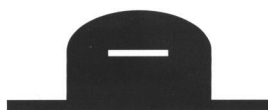
Kamerad



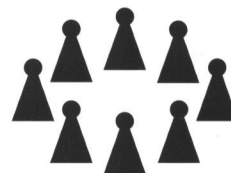
Ehre



Treue



Zuflucht



Gemeinschaft



Moral



Fahne



Sicherheit



Recht



Freundschaft



Braut



Familie



Botschaft



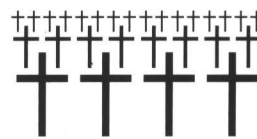
Wahrheit



Opfer



Ruhm



Ordnung

MEMORY
MEMORY
MEMORY
MEMORY

... Noch aber ist es nicht soweit. Noch ist das gemeinsame, solidarische Europa eher ein Hoffnungsbild als konkrete Wirklichkeit. Und niemand anderer wird auf absehbare Zeit unsere Heimat, unsere Demokratie und die Errungenschaften der vergangenen 50 Jahre schützen, wenn wir es nicht selbst tun.

Das ist eine enorme Verantwortung für das Bundesheer - aber letztendlich für jeden Österreicher. Denn in der Demokratie braucht die Landesverteidigung nicht nur die Wehrfähigkeit der Armee, sondern auch den Wehrwillen der Bevölkerung und die Wehrgesinnung der politischen Führung.

Vor- und Zuname

Straße

Ort

Geburtsdatum (notwendig, um Petition als
Bürgerinitiative im Parlament einzubringen)

Informationen und Petitionslisten:

Netzwerk Gewissensfreiheit

☎: 0222/533 72 71

Fax: 0222/532 74 16

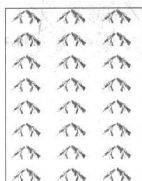
Black•Box

E-Mail: ZOOM@thing.or.at

Netzwerk Gewissensfreiheit

Schottengasse 3A/1/59

1010 Wien



P.b.b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1010.

Bei Unzustellbarkeit retour an ZOOM, Schotteng. 3A/1/59, 1010 Wien
an:

13. Internationale Sommerakademie 7. bis 14. Juli 1996 Harmonie und Gewalt

**Österreich, Europa und die
Zukunft der Vergangenheit**

Die spezifische Frage, mit der sich die
13. Internationale Sommerakademie 1996
auseinandersetzen wird, ist das Verhältnis
der „Gewalt der Geschichte“ zur immer
wieder aufbrechenden Sehnsucht nach
Harmonie. Im besonderen interessieren
uns die Überschneidungen und
Ambivalenzen von Gewalt und
Harmonie in Alltag, Kultur und Politik:
harmonisierende Gewalt, gewaltsame
Harmonie. Dabei geht es um eine
„Spurensicherung“, um die Spuren von Krieg
und Frieden in Österreich, Mitteleuropa
und Europa – sowie ihre Kontinuitäten in
Gegenwart und Zukunft: von den
Nationalitätenkonflikten in der Monarchie
über den 1. Weltkrieg, den Bürgerkrieg,
den Nationalsozialismus, den 2. Weltkrieg,
die Nachkriegszeit, den Kalten Krieg und
die aktive Neutralität – bis zu
den Zukunftsentwürfen nach 1989
und den Bedrohungsbildern des
21. Jahrhunderts; von der Harmonie
eines „Endes der Geschichte“ bis zur Gewalt
eines „Zusammenpralls der Kulturen“.

Uri Avnery, Steven Beller, Ulrike Döcker,
Waltraud Finster, Johan Galtung, Marianne
Gronemeyer, Andreas Gross, Hannes Hofbauer,
Andrea Komlosy, Jacques Le Rider, Konrad Paul
Liessmann, Thomas Macho, Siegfried Mattl,
Wolfgang Müller-Funk, Anton Pelinka, Andreas
Pribersky, Sonja Puntischer-Riekmann, Peter
Sloterdijk, György Szell, Meinrad Ziegler

„Jenseits von Harmonie und Gewalt“

Workshops zur Weiterbildung in politischer
und kultureller Konfliktbearbeitung

Mit Methoden und Techniken von Psycho- und
Soziodrama, Gruppendynamik, Gestalttherapie
und Konzentrativer Bewegungstherapie.



**Information und Anmeldung:
Österreichisches Studienzentrum
für Frieden und Konfliktlösung
☎: + 43 / 03355 / 2498**

bez. Anz.

Alternativreferat

der Österreichischen HochschülerInnenschaft

Jetzt ZOOM abonnieren, denn: Die ersten fünf
NeuabonnentInnen erhalten zu ihrem Abo
eine CD „Maxi“ der Extended Versions!

- ☐ Ich abonniere **ZOOM** zum Preis von öS 250,- für
8 Ausgaben (Ausland öS 350,-)
- ☐ Ich möchte eine Probenummer **ZOOM** gratis.

Ich zahle den Betrag auf das BAWAG-Konto
10010670573 BLZ 14000, Kennwort ZOOM-Abo, ein.

Name _____

Straße _____

Ort _____

Datum _____ Unterschrift _____



Bitte ausreichend
frankieren

An
ZOOM
Schotteng. 3A/1/59
A-1010 Wien

Vor- und Zuname _____

Straße _____

Ort _____

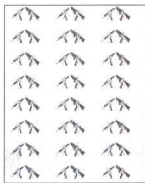
Geburtsdatum (notwendig, um Petition als
Bürgerinitiative im Parlament einzubringen)

Informationen und Petitionslisten:

Netzwerk Gewissensfreiheit

©: 0222/533 72 71
Fax: 0222/532 74 16
Black•Box
E-Mail: ZOOM@thing.or.at

Netzwerk Gewissensfreiheit
Schottengasse 3A/1/59
1010 Wien



Alternativreferat
der Österreichischen HochschülerInnenschaft

Jetzt ZOOM abonnieren, denn: Die ersten fünf
NeuabonnentInnen erhalten zu ihrem Abo
eine CD „Maxi“ der Extended Versions!

- ☐ Ich abonniere ZOOM zum Preis von öS 250,- für
8 Ausgaben (Ausland öS 350,-)
- ☐ Ich möchte eine Probenummer ZOOM gratis.

Ich zahle den Betrag auf das BAWAG-Konto
10010670573 BLZ 14000, Kennwort ZOOM-Abo, ein.

Name _____
Straße _____
Ort _____
Datum _____ Unterschrift _____



Bitte ausreichend
frankieren

An
ZOOM
Schotteng. 3A/1/59
A-1010 Wien

Basteln mit ZOOM !

Bestellen ist heutzutage ziemlich einfach ...
... egal ob beim Versandhaus, über Teletext
oder Internet.

Doch nicht so bei uns!

Um die ZOOM zu bestellen (oder die Zivil-
dienstpetition an das Netzwerk Gewissens-
freiheit zu schicken) benötigt mann oder
frau:

- 1 Schere
- Klebstoff
- 1 Briefmarke

... und die Bereitschaft, den Heftumschlag
völlig zu zerschneiden.

Mann/frau gehe hierbei folgendermaßen
vor:

1. Mann/frau schneide die Vorderseite
der Postkarte auf der Rückseite der
vorderen Umschlagseite aus.
2. Mann/frau lese die ZOOM bis zum
Ende ...
3. ... dort entdeckt mann/frau auf der
Rückseite des rückwärtigen Um-
schlags die Rückseite der Postkarte
und schneide diese aus.
4. Mann/frau füge unter Zuhilfenahme
des Klebstoffs die richtige Vorder-
seite der richtigen Postkarte mit der
richtigen Rückseite zusammen.
5. Mann/frau greife zur Briefmarke
und führe diese zur Zunge oder grei-
fe abermals zum Klebstoff.

Sollte wider Erwarten bei dieser handwerk-
lichen Tätigkeit ein Problem auftauchen,
ist es erlaubt, diese Beilage als Hinweis
dafür zu benutzen, wie die fertig montierte
Postkarte ausschauen sollte. Im Notfall ist
es auch gestattet, gleich diese Vorlage ein-
zuschicken.

P.S.: Die Idee zu dieser Bastelaktion ent-
stand während der Produktion dieser
ZOOM, als leider die zwei inneren Um-
schlagseiten vertauscht wurden.

Mit der Verlängerung des Zivildienstgesetzes Ende 1995 wurde eine Regelung verlängert, die vielen Zivildienstwilligen das Recht auf Wehrdienstverweigerung nahm. Auch die Einigung der Koalitionsparteien über die – für dieses Jahr geplante – Zivildienstgesetzesnovelle schafft keine befriedigende Lösung.

BürgerInneninitiative / Petition

Freiheit für das Gewissen!

Für die Neufassung des Zivildienstgesetzes fordert der/die UnterzeichnerIn von den Parlamentsabgeordneten:

- **Keine Einschränkung der Gewissensfreiheit.**
Die Abgabe einer Zivildiensterklärung muß jederzeit möglich sein!
- **Gleiche Dauer von Wehr- und Zivildienst (= acht Monate)!**
- **Der Aufschub aus Gründen der Berufsausbildung muß bleiben – jetzige Regelung beibehalten!**
- **Gleiche Entlohnung von Wehr- und Zivildienern!**

Unterschrift



Armlepis,!!¹⁾

1) Armeeabschaffungswein

Weiß

Chardonnay	0,75 l	90,-
Riesling Sylvaner	0,75 l	85,-

Rot

Pinot Noir	0,75 l	90,-
Blauer Portugieser	0,75 l	85,-

Qualitätssekt

hergestellt nach der klassischen Champagnermethode

Cuveé Stefanie (weiß)	0,75 l	190,-
Cuveé Rosé	0,75 l	190,-

New!

Glöger-Brand	0,5 l	190,-
---------------------	-------	-------

Destillat aus dem nach der Gärung abfiltrierten Heferückstand

Sommeraktion – Nur kurze Zeit:

Jetzt Armeeabschaffungswein für den langen Sommer einlagern

**5% Rabatt
für alle
ZOOM-BezieherInnen!**

Mengenrabatte ab 1 bzw. 5 Kisten.

Die Preise verstehen sich zuzüglich Versandkosten (SelbstabholerInnen bevorzugt!).

Armeeabschaffungswein gibt es bei:
Arbeitsgemeinschaft für
Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit
Schottengasse 3A/1/59, A-1010 Wien
Tel: 0 222/535 91 09, Fax: 0 222/532 74 16.

Der Reinerlös aus dem Verkauf kommt der antimilitaristischen Arbeit zugute.



ZOOM Devotionalienhandel

New!

T-Shirt „Asyl für Deserteure“

(grau meliert, Schrift orange)

- ☐ 1 Stück à 150,-
- ☐ 2 Stück nur 250,-
gewünschte Größe(n) (XL oder XXL):
- ☐ Ich möchte einen **ZOOM** Baustein
- ☐ Kondome „Keine Soldaten für ‚UnserHeer‘“
(3 Stück) à 20,-
- ☐ Plakat „Wenn ich groß bin, werde ich
Totalverweigerer“ à 25,-
- ☐ Broschüre „Einsatz in Bosnien“ à 35,-

Preise zzgl. Versandkosten.



vorne



hinten



Österreichische Neutralitätsbewegung

p. A. Friedenswerkstatt Linz

Dinghoferstraße 27

Tel. (0732) 77 10 94

Fax (0732) 79 73 91

NATO UND WEU BEDEUTEN ...

UNSICHERHEIT

NATO und WEU sind Militärpakte. Sie funktionieren nach dem alten Prinzip, Sicherheit durch militärische Überlegenheit und Machtausweitung herstellen zu wollen. Diese Art von Sicherheit ist immer wieder gescheitert und hat immer wieder zum Krieg geführt. Militärpakte sind immer gegen jemanden gerichtet. Jeder Militärblock provoziert daher einen Gegen-Militärblock, jede Aufrüstung eine Gegen-Aufrüstung, jedes Feindbild ein Gegen-Feindbild. Letztendlich sitzen alle auf einem Pulverfaß. Wirkliche Sicherheit ist dagegen nur mehr miteinander zu erreichen und nicht gegeneinander.

Als NATO- und WEU-Mitglied könnten wir gezwungen werden, die Stationierung fremder Truppen und Waffen - auch von Atomwaffen - auf unserem Staatsgebiet zuzulassen. Von Österreich würden damit andere Länder aufs Äußerste bedroht. Österreich wird damit selbst zur Zielscheibe anderer Atommächte.

BEDROHUNG

NATO und WEU entwickeln zusehends mehr offensive Streitkräfte und Doktrinen. Die WEU verfügt in Form des sogenannten „Eurokorps“ bereits über eine 50.000 Mann starke Eingreiftruppe mit dem Ziel der weltweiten militärischen Intervention. Um welche Interessen es dabei geht, zeigen die „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ der Deutschen Bundeswehr aus dem Jahr 1992. Dort wird als neue Aufgabe der Deutschen Bundeswehr die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“ vorgegeben. Militärbündnisse zwingen zum militärischen Mitmachen. Als NATO- bzw. WEU-Mitglied könnten österreichische Soldaten bald wieder weltweit in Kriege verwickelt werden.

AUFRÜSTUNG

NATO- und WEU-Mitgliedschaft würden Österreich zu einem massiven Aufrüstungskurs zwingen. Das Verteidigungsministerium hat bereits einen Plan ausgearbeitet, in den nächsten 10 Jahren zusätzliche 100 Milliarden für den Ankauf von neuen Waffen auszugeben, um NATO-/WEU-tauglich zu werden. In Zeiten der Budgetkrise und des Sozialabbaus ist das besonders verantwortungslos.

Angesichts weltweit wachsender Konflikt- und Krisenherde ist das Konzept einer aktiven Friedens- und Neutralitätspolitik so atemberaubend modern und zukunftsweisend, daß die Neutralität erfunden werden müßte, wenn es sie nicht gäbe. Obwohl die österreichische Regierung vor der EU-Volksabstimmung die Beibehaltung der Neutralität versprochen hat, wird mehr denn je an deren Beseitigung gearbeitet. Diejenigen, die zur Zeit um jeden Preis die österreichische Neutralität entsorgen wollen, müssen sich fragen lassen, ob sie überhaupt ein Interesse am Frieden haben oder ob sie schon wieder Großmachtträumen nachhängen.

NEUTRALITÄT BEDEUTET ...

AKTIVE FRIEDENSPOLITIK

Der Kern der Neutralität ist die Verpflichtung zur Nicht-Teilnahme an Kriegen und zum Verzicht auf militärische Mittel zur Durchsetzung nationaler Interessen. Konkrete Anforderungen an eine aktive Neutralitätspolitik sind daher: vorbeugende Konflikterkennung und -bearbeitung, glaubwürdig neutrale Dialogstiftung und Vermittlung in Krisen- und Kriegsherden, Initiativen zur Verhinderung einer Neuauflage des Ost-West-Konflikts, zur Entschärfung des Nord-Süd-Konflikts und zur Entmilitarisierung der internationalen Beziehungen. Damit trägt ein neutrales Österreich sowohl weltweit zu Frieden und Abrüstung bei als auch zur Sicherheit im eigenen Land. Wer Neutralität als sicherheitspolitisches „Trittbrettfahren“ denunziert, ist selbst ein friedenspolitischer „Geisterfahrer“.

AKTIVE SOLIDARITÄTS- ARBEIT

Ein aktiv neutrales Österreich koppelt sich nicht von der Welt ab, sondern arbeitet intensiv an einer neuen Friedensordnung mit, die auf den Grundlagen der Offenheit und Gleichberechtigung, der Konfliktvorbeugung, des wirtschaftlichen und sozialen Ausgleichs bei ökologischer Ausrichtung und der zivilen Streitbeilegung beruht. Zentral dafür ist das solidarische Mitwirken bei Aufwertung, Stärkung und Demokratisierung von UNO und OSZE und die Überwindung von Militärblöcken wie NATO und WEU. Neutralität verbindet, Militärblöcke spalten! Neutralität ermöglicht die Solidarität mit den armen Ländern dieser Welt, NATO/WEU-Mitgliedschaft zwingt zur militärischen Kumpanei mit den reichen.

ZIVILE STATT MILITÄRISCHE INTERVENTIONEN

Die Entsendung österreichischer Truppen unter NATO-Oberkommando nach Bosnien ist nicht nur eine Aushöhlung unserer Neutralität, sie untergräbt auch die Rolle von UNO und OSZE. Österreich sollte daher sofort seine Truppen zurückziehen und einen nicht-militärischen Beitrag durch Hilfsdienste im Rahmen von UNO bzw. OSZE leisten, wie es z. B. die Schweiz tut. Die Schweiz hat zivile Beobachter im Rahmen der OSZE nach Bosnien entsandt, die die Einhaltung der Menschenrechte überwachen, bei der Rückführung von Flüchtlingen und den Wahlvorbereitungen helfen. Die tragischen Ereignisse am Balkan dürfen nicht zur Militarisierung der österreichischen Außenpolitik mißbraucht, sondern sollten für den Aufbau und die Weiterentwicklung der zivilen Friedensdienste genutzt werden, die bei Konflikten dieser Art auf nicht-militärische Weise zum Gewaltabbau beitragen.



Militärblöcke spalten, Neutralität verbindet!

Aufruf für NEUTRALITÄT

FÜR FRIEDEN UND SOLIDARITÄT DURCH NEUTRALITÄT

Wir fordern von der österreichischen Bundesregierung und dem österreichischen Nationalrat:

- Aktive Neutralitätspolitik statt Beitritt zu Militärblöcken wie NATO oder WEU! Aktive Neutralitätspolitik bedeutet, internationale Solidarität zu üben und für weltweite Abrüstung einzutreten. Damit wird Kriegen vorgebeugt und kann zwischen Konfliktparteien glaubwürdig vermittelt werden. Militärblöcke spalten, Neutralität verbindet!
- Bei der Regierungskonferenz der EU-Mitgliedsstaaten 1996 keinen Maßnahmen zuzustimmen, die der immerwährenden Neutralität zuwiderlaufen. Mit allen Mitteln - auch dem Mittel des Vetorechts - muß verhindert werden, daß aus der EU ein Militärblock wird!
- Weder aktive noch passive Beteiligung an militärischen Kampfeinsätzen, stattdessen Einsatz internationaler Friedensdienste!

Beschlossen auf der bundesweiten Neutralitätskonferenz am 14. April 1996 in Linz.

Name	Adresse	Unterschrift

Unterschriftenliste ausfüllen und schicken an:

Österreichische Neutralitätsbewegung, p. A. Friedenswerkstatt Linz, Dinghoferstr. 27, 4020 Linz

Spenden bitte an: Allgemeine Sparkasse Linz, BLZ 20320, Kontonummer 00000-064527

Impressum:

MedieninhaberIn (VerlegerIn) & HerausgeberIn: Österreichische Neutralitätsbewegung, p. A. Friedenswerkstatt Linz, Dinghoferstr. 27, 4020 Linz, Tel. (0732) 77 10 94, Fax (0732) 79 73 91, e-mail: FRIEDENSWERKST.LINZ@DEMUT.or.at;